



**Zur Geschichte der
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
im Regierungsbezirk Stade**

Die umstehend abgebildete Fahne ist nur eine von vielen Ortsvereinsfahnen, die über die Zeit der Naziverfolgung gerettet werden konnten. Die Rückseite der Fahne trägt die Inschrift:

Freie Gewerkschaften

Assel

Einigkeit macht stark

Sie ist also ein Beweis für die enge Verflechtung der Partei und der Gewerkschaften bis 1933.

Gestickt und gewidmet wurde sie lt. angeheftetem Band von den „Frauen und Jungfrauen“.

Außergewöhnlich an der Geschichte dieser Fahne ist die Tatsache, daß sie von 1933 bis 1945 vom Ortsgruppenleiter der NSDAP versteckt und aufbewahrt wurde.

Den Vorkämpfern und Opfern
für den demokratischen Sozialismus

VORBEMERKUNG

Die Idee zur vorliegenden Schrift wurde geboren, als sich beide Verfasser, zunächst unabhängig voneinander, mit der Geschichte der SPD in Norddeutschland befaßten und beim Quellenstudium Material vorfanden, das ihnen wert schien, einem größeren Leserkreis vorgestellt zu werden.

Hinzu kam die Einsicht in die Notwendigkeit, die Geschichte der Partei eines Gebietes zu schreiben oder dazu beizutragen, das sich zwischen zwei Zentren sozialdemokratischer Bewegung – Hamburg und Bremen – ausdehnt, von beiden stark beeinflußt, das aber in den Darstellungen zur Geschichte der SPD in Bremen und Hamburg nicht oder nur am Rande erwähnt wird.

Diese Schrift versteht sich nicht als die Geschichte der SPD im Regierungsbezirk Stade, eher als Überblick, in dem die Zeiten der Gründung, der Verfolgung im Kaiserreich und zu Beginn des Dritten Reiches Schwerpunkte bilden. Einer ausführlichen und eingehenden Darstellung – die nach der Quellenlage möglich wäre und auch geplant ist – steht vor allem der eng gesteckte Rahmen des Anhangs entgegen, in dem die Schrift erscheint. Deshalb und um dennoch möglichst viel Material zu bringen, glaubten die Verfasser auf den wissenschaftlichen Apparat verzichten zu können.

Einige ausgesuchte und in den Text gestreute Dokumente und Übersichten sollen die Darstellung veranschaulichen und auflockern.

Interessierte Leser, die das übrige, relativ umfangreiche archivalische und publizistische Material einsehen wollen, werden auf das Archiv beim Bezirksbüro in Stade verwiesen.

Das Kapitel „Von Weimar zu Hitler – Ausschaltung und Verfolgung der Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Stade“ schrieb Hans-Jürgen Döscher, der auch die Quellenauswahl besorgte. Die übrigen Kapitel verfaßte Friedrich Börth.

Ohne die Unterstützung der im Regierungsbezirk Stade gelegenen Archive wäre die Schrift nicht zustande gekommen. Unser Dank gilt allen Archivvorständen, insbesondere Frau Dr. Margarete Schindler vom Stadtarchiv Buxtehude, Herrn Dr. Bernhard Wirtgen vom Stadtarchiv Stade und Herrn Dr. Heinz-Joachim Schulze vom Niedersächsischen Staatsarchiv in Stade, die die Arbeit auch durch wertvolle Hinweise gefördert haben.

Nicht zuletzt danken wir allen Mitgliedern und Freunden der Partei, die uns Material aus ihrem Privatbesitz zur Verfügung stellten.
Stade, im April 1972

Friedrich Börth
Hans-Jürgen Döscher

Zur Organisationsentwicklung

In über 100 Jahren Entwicklung der Partei im Gebiet unseres Bezirks hat sich auch die Organisation immer wieder verändert. Zu einem wesentlichen Teil erfolgten Veränderungen auf Grund veränderter Wahlgesetze und auf Grund von Gebietsreformen. Die frühesten Parteiorganisationen entstanden, meist im Zusammenhang mit der Wahlagitation, von Hamburg und Bremen aus und wurden auch von diesen Städten betreut.

Nach dem Ende des Sozialistengesetzes wurde das gesamte Reichsgebiet, entsprechend den Reichstagswahlen, in Kreiswahlvereine eingeteilt. Für das Gebiet des heutigen Bezirks Nord-Niedersachsen waren 5 Wahlkreisvereine zuständig. Zum Verständnis der Einteilung muß erwähnt werden, daß Grundlage der Einteilung die früheren hannoverschen Ämter waren, die später zu Landkreisen zusammengeschlossen wurden.

6. hannoverscher Wahlkreis: Kreis Achim, Kreis Verden, Kreis Hoya, Kreis Syke

17. hannoverscher Wahlkreis: Kreis Rotenburg, Kreis Harburg, Stadt Buxtehude, Stader Geest, Amt Lilienthal

18. hannoversche Wahlkreis: Kreis und Stadt Stade, Kreis und Stadt Bremervörde, Kreis Lehe, Kreis Geestemünde, Kreis Blumenthal, Kreis Osterholz; zum Wahlkreisverein gehörte außerdem Vegesack

19. hannoverscher Wahlkreis: Stadt Geestemünde, Stadt Lehe, Kreis Hadeln, Kreis Neuhaus, Kreis Kehdingen, Kreis Jork

3. Hamburger Wahlkreis: Hierzu zählte auch das Amt Ritzebüttel, das als Distrikt Cuxhaven zum sozialdemokratischen Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis gehörte.

Die Agitation und die Organisationsarbeit in diesem Gebiet wurde im wesentlichen zunächst von den städtischen Schwerpunkten aus betrieben. Für den 6. hannoverschen Wahlkreis war das Hemelingen, für den 18. hannoverschen Wahlkreis Vegesack. Darüber hinaus wurde zwischen Hamburg und den Unterweserstädten vereinbart, daß im 18. und 19. hannoverschen Wahlkreis die Agitation entlang der Unterelbe bis Cuxhaven von Hamburg, für das übrige Gebiet von den Unterweserstädten aus betrieben wurde. Im 19. hannoverschen Wahlkreis wurde die Agitation von den Städten Harburg und Wilhelmsburg und später auch von Buxtehude aus betrieben.

1906 wurde der Bezirk Nordwest gegründet. Er umfaßte den 6., 17., 18. und 19. hannoverschen Wahlkreis und die Organisation der Stadt Bremen. Sitz des Bezirks wurde Bremen. Nach dem 1. Weltkrieg wurde mit der Änderung des Wahlrechts auch die Parteiorganisation im Reichsgebiet geändert. An Stelle der Wahlkreisorganisation wurden die Ortsvereine in Bezirken und Unterbezirken zusammengefaßt. Der nunmehr gebildete Bezirk Hamburg-Nordwest mit Sitz in Hamburg umfaßte Hamburg, Bremen und den Regierungsbezirk Stade. Er wurde in 6 Unterbezirke unterteilt:

1. Unterbezirk Hamburg, zu dem auch der Distrikt Cuxhaven gehörte
2. Unterbezirk Bremen
3. Unterbezirk Achim, Verden, Rotenburg, Zeven
4. Unterbezirk Vegesack, Blumenthal, Osterholz
5. Unterbezirk Unterelbe, mit den Kreisen Stade, Jork, Kehdingen, Neuhaus u. Hadeln
6. Unterbezirk Unterweser, mit den Städten Bremerhaven und Wesermünde und den Kreisen Lehe, Geestemünde und Bremervörde.

Nach dem 2. Weltkrieg war das Gebiet wesentlich verändert. Durch die preußische Kreisreform von 1932 wurden viele Kreise aufgelöst; durch die Änderung der Landesgrenzen zwischen Preußen, Hamburg und Bremen im Jahre 1938 kamen wesentliche Teile der früheren Kreise Achim und Blumenthal zu Bremen und einige Gemeinden des früheren Kreises Jork zu Hamburg. Auf der anderen Seite wurde das Amt Ritzebüttel preußisch und ebenfalls die Stadt Bremerhaven, die mit Wesermünde zusammengeschlossen wurde. Durch Anordnung der Militärregierung wurde nach 1945 die Stadt Wesermünde dem Lande Bremen mit dem Namen Bremerhaven angegliedert. Zunächst wurde ein Parteibezirk Bremen-Nordwest gegründet, dem Bremen, Oldenburg und der Regierungsbezirk Stade angehörten. Ab 1. Juli wurde der frühere Bezirk Hamburg-Nordwest, bestehend aus den Unterbezirken Hamburg, Bremen und (Regierungsbezirk) Stade wieder gebildet. Dabei gehörte die Stadt Bremerhaven bis zum 31. 12. 1952 zum Unterbezirk Stade.

1953 wurde der Unterbezirk Stade in Kreisvereine unterteilt und die zu einem Bundestagswahlkreis gehörenden Kreisvereine zunächst zu Arbeitsgebieten für die 3 Unterbezirkssekretäre zusammengefaßt.

Nach vielen Verhandlungen wurde der Bezirk Hamburg-Nordwest mit Wirkung vom 1. 7. 1964 aufgelöst und in die Bezirke Bremen, Hamburg und Nord-Niedersachsen aufgeteilt. Der Bezirk Nord-Niedersachsen, der das Gebiet des Regierungsbezirks Stade umfaßt, wurde in 8 Kreisvereine unterteilt, die bisherigen Arbeitsgebiete der Unterbezirkssekretäre wurden Unterbezirke.

Vorläufer

Während der Revolution 1848 entstanden in Deutschland die ersten Arbeitervereine. Als Übergang von der zünftlerischen Gesellenvereinigung zu einer Gewerkschaft fand vom 11. bis 14. Juni 1848 der 1. deutsche Buchdruckerkongreß in Mainz statt. Auf diesem Kongreß vertrat der Hamburger Delegierte Möller auch seine Stader Berufskollegen.

1849 wurde in Stade ein Arbeiterbildungsverein gegründet. Mitglieder waren außer Arbeitern auch Handwerksmeister und Kaufleute. Er überlebte auch die Zeit der Verfolgung der Arbeitervereine nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 und konnte am 6. August 1899 sein 50jähriges Stiftungsfest feiern. Zum Unterschied von den meisten Arbeiterbildungsvereinen in Deutschland, blieb er allerdings unpolitisch und fand nicht den Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

Im August 1850 wurden die Behörden im Königreich Hannover angewiesen, Arbeitervereine zu überwachen; es wurde beanstandet, daß am 28. und 29. März an einem Kongreß norddeutscher Arbeitervereine in Bremen auch ein Arbeiterverein aus Stade teilgenommen hat. Der Landrat in Blumenthal berichtete zu diesem Erlaß, daß sich Arbeiter aus dem Kreis dem Arbeiterverein in Vegesack angeschlossen hätten.

Am 3. Juni 1851 warnte die Königlich-Hannoversche Landdrostei in Stade alle Behörden, daß Handwerker und Arbeiter nach London zur Industrieausstellung reisen könnten, um bei diesem Anlaß die „Umsturzpartei“ in Europa zu stärken.

W. J. J. Magyart Bona kende den 2. Mai 1864

Wm. King junr.
King son.

H. Lichte und die Freiheit
für die süßigen Mitglieder
der allgemeinen Versammlung
Wiederherkunft und Freude

17th January 1914

one L, Abund 8 Mth in

And I hope you are happy

What by the

refugee and household
 goods go down.

August
 following bought the 1st day
 of some property and the

Algemeine Reichs-
Anzeiger
für das Jahr
1813
des
Königs von Preussen
Kriegs-
Ministeriums
Verordnungen
und
Befehle
für
das
Jahr
1813
des
Königs von Preussen
Kriegs-
Ministeriums

W. L. G. L.

Text des nebenstehend abgedruckten Aktenstücks
(aus dem Archiv der Stadt Buxtehude G XXXI, 6)
Geschehen Magistrat Buxtehude, den 2. Mai 1867

mündlich gestattet
gez. Unterschriften

Maurergeselle König junior trägt vor:
Ich bitte um die Erlaubnis für die Mitglieder des
allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins an jedem
ersten Sonntag im Monat, abends 8.00 Uhr bei dem
hiesigen Schankwirth L. Vorbeck behuf Abrechnung
eine Versammlung halten zu dürfen.
Zugleich bemerke ich, daß ich vom Präsidenten des
allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins zum
hiesigen Bevollmächtigten ernannt bin.
vorgelesen, genehmigt

Die Anfänge der Parteiorganisation

Am 23. Mai 1863 wurde durch Ferdinand Lasalle in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ gegründet und damit die erste sozialdemokratische Organisation. Am 27. Juli 1866 teilte die Königlich-Hannoversche Landdrostei in Stade allen Behörden mit, daß ein Aufruf „An die Arbeiter“ aus dem Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins „Social-Demokrat“ von Hannover aus an Arbeitervereine im Lande und auch an Fabrikarbeiter versandt worden sei. Noch konnte z. B. der Magistrat von Stade beruhigt melden, daß es in der Stadt nur den Arbeiterbildungsverein gäbe und diese Aufrufe nicht verteilt worden sind.

Nach dem Kriege von 1866 wurde der Norddeutsche Bund gegründet und am 12. Februar 1867 der konstituierende Norddeutsche Reichstag gewählt. Wahlberechtigt waren alle Männer ab 25 Jahren. Gewählt wurden die Abgeordneten in Einzelwahlkreisen. Erforderlich war die absolute Mehrheit der Stimmen. Wenn keiner der Kandidaten diese Mehrheit erreichte, fand eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl statt.

In einer Reihe von Wahlkreisen wurden auch sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt. Für den 17. hannoverschen Wahlkreis wurde in einer Versammlung in Harburg der „Arbeiterkandidat“ Theodor York aufgestellt. York aus Harburg war einer der eifrigsten Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Hamburger Stadtgebiet. Sofort nach seiner Nominierung begann im „Buxtehuder Wochenblatt“ eine heftige Polemik gegen York und die Ideen der „Arbeiterpartei“. Besonders bemängelt wurde, daß man durch Aufstellung eines Arbeiterkandidaten die Reichstagswahl zu einer Ständewahl machen wollte. Zum Wahlkreis gehörte auch Buxtehude. Am 6. Februar fand im Gerlach'schen Saal in Buxtehude eine öffentliche Versammlung statt, auf der York sprach. 8 Buxtehuder hatten die Zeitungsanzeige für diese Versammlung unterschrieben. Das „Buxtehuder Wochenblatt“ berichtete, daß höchstens 500 Personen anwesend waren und etwa die Hälfte sich für York aussprachen.

Das Wahlergebnis war überraschend gut. Zwar wurde der Kandidat der National-liberalen mit 8 640 Stimmen gewählt, aber York erhielt 3 660 Stimmen. 1 273 Stimmen erhielt ein 3. Kandidat. In Buxtehude stimmten über die Hälfte der Wähler für York, der 242 Stimmen erhielt, während der nationalliberale Kandidat es nur auf 210 Stimmen brachte.

Dem Wahlerfolg folgte die Gründung einer Organisation des ADAV in Buxtehude/Altkloster in einer Versammlung am 10. März 1867, auf der wieder York sprach. In wenigen Tagen traten der neuen „Gemeinde“ des ADAV über 30 Mitglieder bei. Beim Magistrat der Stadt Buxtehude gab am 2. Mai 1867 der Maurer König jr. zu Protokoll, daß er vom Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Bevollmächtigten für Buxtehude ernannt sei und beantragte, an jedem 1. Sonntag im Monat abends um 8.00 Uhr in der Schankwirtschaft L. Vorbeck eine Mitgliederversammlung abhalten zu dürfen. Das wurde mündlich genehmigt.

Bei der Reichstagswahl im August des gleichen Jahres ging die Stimmenzahl Yorks erheblich zurück, weil in Harburg, Buxtehude und Altkloster die Arbeiter wegen ihrer Wahlentscheidung im Februar in erheblichem Umfange gemäßregelt und entlassen wurden.

Bei dieser Wahl kandidierte im 19. hannoverschen Wahlkreis Försterling für den vom ADAV abgespaltenen „Lasalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, der in Geestemünde einen Stützpunkt hatte, 1871 für die gleiche Organisation Mende.

Auf dem Amt Osterholz erschienen am 12. März 1872 der Schuhmacher August Escherich und der Zigarrenarbeiter Fritz Stollmeyer, beide aus Scharmbeck und teilten mit, daß in Scharmbeck ein social-demokratischer Arbeiterverein gegründet worden sei. Escherich war Vorsitzender, Stollmeyer Schriftführer. Die Versammlungen des Vereins sollten jeden Sonnabend abends um 8.45 Uhr in der Gastwirtschaft Arfemann stattfinden. Das gedruckte Statut wurde überreicht und ebenfalls eine Mitgliederliste mit 41 Namen, davon waren 21 Zigarrenarbeiter, 16 Schuhmacher, 1 Tagelöhner, 1 Schneider, 1 Färber und 1 Gastwirt. Damit hatte auch die 1869 gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ im Gebiet des heutigen Bezirks Nord-Niedersachsen einen Ortsverein.

Starke gewerkschaftliche Aktivität in Gemeinden und Städten war in diesen Jahren meistens ein Anhaltspunkt dafür, daß es dort auch schon eine sozialdemokratische Parteiorganisation gab. Vom 26. bis 29. 11. 1872 wurden Achimer Berufskollegen auf dem Leipziger Kongreß der Zigarrenarbeiter von Hamburger Delegierten vertreten und im Sommer 1874 fand in Achim ein norddeutscher Zigarrenarbeitertag statt.

1874 kandidierte York im 18. und 19. Wahlkreis. In Wahlversammlungen sprachen in Stade in der Gastwirtschaft Schröder, vor dem Schiffertor, York und Praast aus Hamburg. In der Berichterstattung über diese Versammlungen wurden auch sozialdemokratische Anhänger aus Stade erwähnt. Im Laufe der Wahlagitation, fand auch in Himmelpforten eine sozialdemokratische Wahlversammlung statt. Über die Stadt Stade wurde berichtet, daß dort von allen Parteien die Sozialdemokraten am eifrigsten agitierten.

Vom 22. bis 27. 5. 1875 schlossen sich auf dem Parteitag in Gotha der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammen. Auf dem Einigungskongreß vertrat der Hamburger Delegierte Steffen auch die Buxtehuder Sozialdemokraten und der Hamburger Delegierte Ligner sowie der Bremer Delegierte Frick die Sozialdemokraten aus Achim.

Über eine Versammlung der National-Liberalen Partei im Dezember 1876 in Stade berichtete das Stader Tageblatt, daß in dieser Versammlung ein Vertreter der „hiesigen socialistischen Arbeiterpartei“, Herr Wegener, als Diskussionsredner auftrat. Diese Notiz läßt darauf schließen, daß es damals bereits in Stade einen sozialdemokratischen Ortsverein gab.

Ostern 1876 wurde zum ersten Male von den Hamburger Sozialdemokraten auch im Amt Ritzebüttel agitiert. Versammlungen wurden in Ritzebüttel, Cuxhaven und Döse durchgeführt. Bei einer zweiten Agitation im Juni 1876 wurden in allen wichtigen Orten des Amtes und in Otterndorf Versammlungen durchgeführt und in Cuxhaven ein sozialdemokratischer Verein gegründet. Eine Wahlversammlung am 28. Dezember 1876 in Cuxhaven wurde von Gegnern gesprengt und die Wahlpropaganda durch Gegner gestört.

Zur Reichstagswahl fand am 7. Januar 1877 auch in Horneburg eine Volksversammlung statt, auf der der Kandidat Conrad Wode aus Verden sprach. Ebenfalls als Diskussionsredner auf einer gegnerischen Versammlung sprach in Bützfleth für die Sozialdemokraten Matthaei. Bei der Reichstagswahl 1877 erzielte die SPD fast ein halbe Million Stimmen, mehr als 9%. Das war für viele Zeitungen, auch das „Stader Tageblatt“, ein Anlaß, sich nicht mehr nur über die „Demagogie“ der Sozialdemokraten zu verbreiten, sondern darauf hinzuweisen, daß Zwangsmaßnahmen gegen die Sozial-

demokraten nicht mehr ausreichten, sondern positive Maßnahmen ergriffen werden müßten, damit die Unzufriedenheit der Arbeiter beseitigt werden könnte.

In einem Verzeichnis von Vertrauensmännern der SPD in Schleswig-Holstein und Hannover, die von der Parteiorganisation des Hamburger Städtegebiets betreut wurden, sind u. a. aufgeführt: für Cuxhaven – F. Sommerfeld und A. Schmalstieg und für Döse – F. Folkmann und J. Schomann.

Unter dem Sozialistengesetz 1878 bis 1890

In der Frühzeit Sozialdemokrat zu sein, bedeutete erheblichen persönlichen Mut und Opfer, die auch von der Familie gebracht werden mußten. Es gab keine Sozialversicherungseinrichtungen, besonders keine Arbeitslosenversicherung. Wer seinen Arbeitsplatz verlor, weil er sich politisch für die Sozialdemokratische Partei oder die Gewerkschaften betätigte, mußte häufig seinen Wohnort verlassen, um überhaupt wieder Arbeit zu finden.

Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes gingen Polizeibehörden und Gerichte, zwar innerhalb der bestehenden Gesetze, aber mit besonders strenger Auslegung gegen Sozialdemokraten vor.

Nachdem der Reichstag im Mai 1878 AusnahmeGesetze gegen Sozialdemokraten abgelehnt hatte, wurde er im Juni aufgelöst. Durch besonders starke Verfolgungen gegen Sozialdemokraten und Druck auf die übrigen Parteien während des Wahlkampfes wurde eine Mehrheit für die Regierung im Reichstag erzielt, die am 19. 10. 1878 das AusnahmeGesetz gegen Sozialdemokraten beschloß, das bis zum Jahre 1890 immer wieder verlängert wurde und Sozialdemokraten außerhalb der allgemeinen Gesetze besonders verfolgte. Durch dieses AusnahmeGesetz wurden sozialdemokratische Organisationen, Gewerkschaften und Unterstützungskassen aufgelöst, sozialdemokratische Zeitungen verboten, Versammlungen aufgelöst oder gar nicht erst genehmigt. Tausende von Sozialdemokraten erhielten Gefängnisstrafen. Etwa 800 Sozialdemokraten wurden aus ihren Wohnsitzen ausgewiesen. Die meisten von ihnen waren Familienväter. Zwar konnten Sozialdemokraten z. B. bei Reichstagswahlen kandidieren, die Wahlagitatorik wurde aber weitgehend behindert. Nach anfänglichen Rückschlägen erholte sich die Partei schnell. Illegale Zusammenkünfte, Tarnvereinigungen, „unpolitische“ Zeitungen und das Einschmuggeln von Zeitungen und Literatur aus dem Ausland schweißten die Bewegung zusammen und stärkten sie. Die illegale Arbeit war aber weitgehend beschränkt auf die Zentren der sozialdemokratischen Partei. Im Landgebiet, wo man sich schwerer tarnen konnte, war größere Aktivität kaum möglich. Vermutlich wurde an einigen Orten der Zusammenhalt durch ausgewiesene sozialdemokratische Funktionäre aus den Großstädten aufrechterhalten, die sich auch im Gebiet des heutigen Bezirks Nord-Niedersachsen niedergelassen hatten. So war z. B. Heinrich Baerer aus Harburg zeitweilig in Buxtehude und Johann Hinrich Schmalfeldt aus Bremerhaven zeitweilig in Cuxhaven und Stade.

Schon vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes, besonders zur Reichstagswahl 1878 setzte eine verstärkte Pressekampagne gegen die Sozialdemokratie ein und die Behörden erhielten die Aufgabe, Sozialdemokraten verstärkt zu beobachten und darüber zu berichten.

In der Presse wurden die Arbeitgeber aufgefordert, Anhänger der Sozialdemokratie zu entlassen und sozialdemokratische Versammlungen zu stören und z. B. berichtet, daß das preußische Ministerium die Beschäftigung sozialdemokratischer Anhänger bei Forstarbeiten verboten habe.

Ein Gerbergeselle aus Cadenberge, der kein Sozialdemokrat war, wurde wegen „unter Alkoholeinfluß geäußelter Majestätsbeleidigung“ vom Obergericht in Stade zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Im 18. hannoverschen Wahlkreis stellten die Sozialdemokraten zur Reichstagswahl 1877 keinen eigenen Kandidaten auf, sondern forderten ihre Wähler auf, für den Kandidaten der Welfen zu stimmen, da im Reichstag die Welfen sich gegen das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie erklärt hatten. Deshalb wurde in der Presse auch gegen die Welfen polemisiert.

Die Wahlen ergaben Verluste für die Sozialdemokraten, und der neue Reichstag beschloß das Ausnahmegesetz. Das „Stader Tageblatt“ druckte den vollen Wortlaut des Gesetzes am 24. 10. 1878 ab. Die Landdrostei in Stade versandte an alle Polizeibehörden ausführliche Erläuterungen zu dem Gesetz. Das Preußische Innenministerium forderte alle Kommunalbehörden auf, regelmäßig über sozialdemokratische Bestrebungen zu berichten. Darüber hinaus sollten Schriften gegen die Sozialdemokraten verbreitet werden.

Am 19. 7. 1878 berichtete der Bürgermeister von Buxtehude, daß z. Z. ein sozialdemokratischer Verein dort nicht existiert, daß aber die Zahl der Anhänger der Sozialdemokraten ca. 150 Personen betrage. Führer der Sozialdemokraten in Buxtehude seien der Cigarrenmacher Weber, der Schneidermeister Steffens und der Barbier Protz, die alle kleine Geschäfte hätten. Besonders der Barbier Protz habe stark unter der Empörung der Bevölkerung gegen die Sozialdemokraten zu leiden. Obgleich die Sozialdemokraten die Gesetze beachten, werden sie von der Polizei scharf beobachtet. Am 20. März 1885 übersandte die Polizei-Direction-Harburg einen Steckbrief des aus Harburg ausgewiesenen Heinrich Baerer nach Buxtehude, der bei Weber wohnte. Die Polizei in Buxtehude wurde angewiesen, Baerer und Weber besonders zu beobachten. Die Berichte des Rotenburger Bürgermeisters beginnen am 15. 7. 1878 und reichen bis 1903. Im ersten Bericht erwähnt er, daß nach seiner Kenntnis in Rotenburg ein sozialdemokratischer Verein nicht besteht, aber in der ersten Jahreshälfte eine sozialdemokratische Versammlung stattfand. Es gab ca. 25 bis 30 sozialdemokratische Anhänger in Rotenburg, und zwar sowohl Handwerker als auch ländliche Arbeiter. Führer der Sozialdemokraten waren: Diedrich Windelen, Wilhelm Windelen und Heinrich Conradis. Jedoch wird auch über Rotenburg berichtet, daß sich die Sozialdemokraten loyal an das Ausnahmegesetz halten. Diese Berichte wiederholen sich bis 1890.

Bereits 1881 kandidierten im 6., 17. und 19. Wahlkreis wieder sozialdemokratische Kandidaten.

Während über das hamburgische Stadtgebiet der kleine Belagerungszustand verhängt worden war und damit die Ausweisung von Sozialdemokraten möglich war, wurde das Amt Ritzebüttel in den Belagerungszustand nicht einbezogen. Die dort wohnenden Sozialdemokraten konnten es nicht wagen, öffentlich Propaganda zu betreiben. Deshalb kamen ab 1884 Hamburger Sozialdemokraten nach Cuxhaven, um dort Agitationsschriften zu verbreiten. Die erste Zeit wurden sie regelmäßig verhaftet, wenn sie

per Bahn oder Dampfer ankamen und ihnen das Agitationsmaterial beschlagnahmt, bis sie an einem Sonnabend spät abends zwei Stationen vor Cuxhaven ausstiegen, zu Fuß nach Cuxhaven gingen und bereits in den frühen Morgenstunden die Agitationsschriften verteilt hatten. Danach meldeten sie sich bei der Polizei und baten um das übliche Quartier. Seitdem erfolgte die Schriftenverteilung in Cuxhaven durch die Hamburger ohne Behinderung durch die Polizei.

Im Jahre 1885 war der Reichstagsabgeordnete Hermann Molkenbuhr während einer Agitationsreise durch viele Städte Norddeutschlands auch in Stade.

Ab 1884 wurden wieder in allen Wahlkreisen des Gebietes sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt, und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg von Wahl zu Wahl. Am 17. Februar 1887 berichtete das „Stader Tageblatt“, daß eifrig sozialdemokratische Wahlzettel in Stade und Umgebung verteilt wurden und stellte vier Tage später fest, daß erneut eine größere Anzahl sozialdemokratischer Flugschriften so schnell verbreitet wurden, daß die Polizei sie nicht mehr beschlagnahmen konnte. Am 7. Februar 1887 berichtet das „Stader Tageblatt“ über eine vom Maurer Hagemann einberufene sozialdemokratische Volksversammlung, an der 200 Personen teilnahmen und auf der Hermann Molkenbuhr, der sozialdemokratische Kandidat, sprach.

Als in Bremen 1882 der aus Berlin ausgewiesene Sozialdemokrat Julius Lewin verstarb, gab es unter den vielen Kranzspenden auch eine aus Verden. Im gleichen Jahr wollte die illegale Bremer Parteiorganisation eine getarnte Zeitung, das „Norddeutsche Wochenblatt“ herausgeben. Die Verhandlungen darüber mußten außer mit den illegalen Parteiorganisationen in Bremerhaven und Wilhelmshaven auch mit Verden geführt werden. Daraus ist zu schließen, daß während des Sozialistengesetzes auch in Verden eine Organisation der Partei bestand.

Es fehlen zwar konkrete Hinweise auf die Parteiorganisation im Regierungsbezirk Stade während des Sozialistengesetzes, aber die wenigen vorhandenen Angaben erlauben die Feststellung, daß auch in diesem schwierigen Gebiet während des Sozialistengesetzes sozialdemokratische Vertrauensleute die Parteiarbeit fortgesetzt haben.

Nach dem Sozialistengesetz: Der Aufstieg der Partei

Am 25. 1. 1890 lehnte der Reichstag die erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes ab. Damit war der Weg frei für den Neuaufbau der Parteiorganisation und für die offene Agitation auch im Gebiet des heutigen Bezirks Nord-Niedersachsen. Nach wie vor wurde zwar, unter einseitiger Auslegung der bestehenden Gesetze, durch Polizei und Gerichte gegen Sozialdemokraten vorgegangen, aber das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten war durch die Verfolgungen gestärkt und stieg an mit den Erfolgen der Partei vor allem bei den Wahlen.

Obwohl das Sozialistengesetz offiziell bis zum 30. 9. 1890 gültig war, begann die verstärkte Propaganda und offene Aktivität der Sozialdemokraten bereits zu den Reichstagswahlen im Februar 1890. Dabei wurde die Agitation im Landgebiet zunächst von den städtischen Organisationen getragen; aber z. B. in Stade fand im Januar eine sozialdemokratische Wahlversammlung statt, die von Schmalfeldt geleitet wurde und auf der Molkenbuhr als Reichstagskandidat sprach. Die Versammlung mußte im Lokal Bösch in Campe stattfinden, da in der Stadt selbst kein Wirt sich bereit fand, den Sozialdemokraten ein Lokal zur Verfügung zu stellen. Schmalfeldt sprach auch als Diskussionsredner in Versammlungen anderer Parteien. In der Presse erschienen wieder Polemiken gegen die Sozialdemokraten. Bei Flugblattverbreitungen im Landgebiet wurden Sozialdemokraten behindert. Das „Stader Tageblatt“ vom 10. 2. 1890 berichtete von einem derartigen Vorfall in Oldendorf. Die Wahlen selbst brachten wie im ganzen Reichsgebiet auch in den 4 Wahlkreisen des Bezirks starke Gewinne. Erstmals kam die SPD in allen 4 Wahlkreisen in die Stichwahl. Bereits im ersten Wahlgang wurde der 3. Hamburger Wahlkreis, zu dem auch das Amt Ritzebüttel gehörte, erobert.

Für die Stichwahlen im Landgebiet wurden aus den Städten, besonders aus Hamburg Werber zur Unterstützung geschickt. Für die Agitation in Kehdingen hatten sie in Stade einen Omnibus gemietet. In Drochtersen wurden sie von etwa 100 mit Stöcken bewaffneten Bauern angegriffen und zusammengeschlagen. Der Ortsvorsteher war dabei. 2 Gendarmen waren „rechtzeitig“ vorher weggegangen. Unterwegs wurde versucht, den sozialdemokratischen Werbern Alkohol aufzudrängen, um die Mißhandlungen als Folge alkoholischer Exzesse darzustellen. Auch der Ortsvorsteher von Assel hielt den Wagen an, mit der Bemerkung, zunächst müßte er die Bevölkerung fragen, ob die Durchreise gestattet sei. Erst in Stade konnte für die Verletzten gesorgt werden. Das „Stader Tageblatt“ berichtete zunächst, die Hamburger Sozialdemokraten hätten provoziert, so daß die empörte Bevölkerung ihnen die verdiente Strafe erteilte. Bereits am 3. März 1890 veröffentlichte das „Stader Tageblatt“ ohne eigenen Kommentar die von 5 Hamburger Sozialdemokraten namentlich unterzeichnete Darstellung der tatsächlichen Vorgänge. Später wurde einer der beteiligten Drochtersener vom Gericht zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Auch in Oberndorf, Osten und Lamstedt wurden am 28. Februar 1890 die sozialdemokratischen Agitatoren behindert und zum Teil niedergeschlagen.

Es gelang bei der Stichwahl zwar nicht, die 4 Wahlkreise zu erobern, die Stimmenzahl der Sozialdemokraten stieg aber gegenüber der Hauptwahl noch an.

In Buxtehude wurde am 5. Juni 1890 ein „Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen Arbeiter von Buxtehude und Umgebung“ gegründet. Vorsitzender war zunächst Hermann Dräger, später Hermann Garbe. Der Verein führte

öffentliche Versammlungen durch, die bis zu 500 Teilnehmer aufwiesen. In den Versammlungen sprachen bekannte Sozialdemokraten, wie Bähre. In einer Mitgliederversammlung wurde über die Wahl eines Delegierten zum sozialdemokratischen Parteitag in Halle beschlossen. Es handelte sich bei diesem Verein ganz offensichtlich um die Wiedergründung des sozialdemokratischen Ortsvereins in Buxtehude, noch vor dem Ende des Sozialistengesetzes.

Der Bürgermeister von Rotenburg berichtete dem Rotenburger Landrat am 5. 3. 1890, daß bis zur Reichstagswahl keine öffentliche Tätigkeit der Sozialdemokraten bemerkt wurde. Während des Wahlkampfes hat sich allerdings der Zigarrenarbeiter Drewes an der Agitation für den sozialdemokratischen Kandidaten beteiligt. Erschreckend sei, daß bei der Reichstagswahl 1887 für den sozialdemokratischen Kandidaten nur 6 Stimmen abgegeben wurden, bei der Reichstagswahl am 20. 2. 1890 bereits 28 Stimmen und bei der Stichwahl am 28. 2. 1890 sogar 82 Stimmen.

Im April 1891 wurde auf eine besorgte Anfrage des Landrats geantwortet, daß von Vorbereitungen zu Maikundgebungen nichts bekannt sei, aber die Arbeitgeber gewarnt worden seien. Im September 1891 wurde berichtet, daß sich in Rotenburg im Frühjahr ein Arbeiterverein gebildet habe, dem vorwiegend fremde Gesellen angehörten. Vorsitzender sei Drewes. Die Mitglieder gehörten der sozialdemokratischen Partei an und hätten Versammlungen mit Hamburger Rednern durchgeführt. Im September 1892 meldete der Bürgermeister, daß der Arbeiterverein nicht mehr besteht. Anhänger der Sozialdemokraten seien vorwiegend fremde Arbeiter und nur wenige Rotenburger Bürger.

Nach der Reichstagswahl von 1893 berichtete der Bürgermeister, daß Agitatoren aus Hamburg und Harburg Wahlversammlungen durchführten, die ruhig verliefen.

„Wenn hier bei den Reichstagswahlen auch eine ziemliche Anzahl Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben sind, so sind wir doch der Meinung, daß nicht alle Stimmen von Sozialdemokraten herrühren, sondern auch sonst unzufriedene Einwohner Stimmzettel für die Sozialdemokraten abgegeben haben.“

Später wird von gut besuchten Versammlungen berichtet, die von Harburger Sozialdemokraten einberufen wurden, allerdings „beteiligen sich in der Regel auch viele Nichtanhänger der Sozialdemokratie“, 1898 zur Reichstagswahl wurde wieder über umfangreiche Wahlpropaganda von Harburg aus berichtet und von einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel. Die vielen Stimmen für die Sozialdemokraten könnten nicht sämtliche von fremden Arbeitern abgegeben sein.

Am 20. März 1892 berichtet die Polizei in Buxtehude dem Regierungspräsidenten in Stade über die verstärkte Aktivität des sozialdemokratischen „Vereins zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen Arbeiter“ und bemerkt gleichzeitig, daß junge „anarchistische“ Mitglieder zurückgedrängt wurden. Im gleichen Jahre wurde der Ortsverein Cuxhaven als Distrikt der Hamburger Parteiorganisation wiedergegründet. Führend im Distrikt waren damals Kramer, Otto Schulz und August Oliczewski. Besonders die gewerkschaftlich organisierten Schneider waren eifrige Agitatoren der Partei. Von dieser Zeit an konnte die Agitation von der Cuxhavener Organisation betrieben werden.

Verstärkte Agitationsarbeit setzte im Landgebiet zur Reichstagswahl 1893 ein. Innerhalb von 3 Tagen fanden bei Stade 4 Wahlversammlungen in Stade, Stadersand, Campe und Bützfleth statt. Referenten waren Schmalfeld, der inzwischen nach Bremer-

haven verzogen war, und Laufkötter aus Hamburg. In einer nationalliberalen Versammlung traten unter Führung von Jensen mehrere Sozialdemokraten auf. Jensen war sozialdemokratischer Vertrauensmann in Stade. Die Kandidatenaufstellung für den 18. und 19. Wahlkreis erfolgte durch sozialdemokratische Vertrauensmänner aus Scharmbeck, Burglesum, Vegesack, Grohn, Stade, Bremerhaven und Bremervörde. Die Wahlen selbst brachten einen weiteren Zuwachs für die Sozialdemokraten.

1893 erfolgte für Stade die Gründung der Ortsgruppe des Holzarbeiterverbandes und 1896 der Maurergewerkschaft.

In den Polizeiberichten aus Buxtehude wird ab 1894 über sozialdemokratische Versammlungen berichtet. Versammlungsleiter ist der Zigarrenmacher Weber. Demnach ist anzunehmen, daß damals bereits wieder offiziell ein sozialdemokratischer Ortsverein bestand.

Zur Reichstagswahl 1898 fand wieder eine lebhaftige Agitation statt, mit Wahlversammlungen u. a. in Stade und Buxtehude. Im 17., 18. und 19. Wahlkreis kamen die sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl.

In diesen Jahren vor der Jahrhundertwende müssen einige Ortsvereine gegründet bzw. wiedergegründet worden sein, ohne daß wir heute in der Lage sind, die genauen Termine anzugeben. So wurde z. B. Diedrich Lankenau 1899 Mitglied im bestehenden Ortsverein Osterholz-Scharmbeck, und anläßlich des Todes von Wilhelm Liebknecht veranstaltete der Ortsverein Achim, 1900 eine Gedächtnisfeier. In einer Reihe anderer Orte gab es sozialdemokratische Vertrauensleute oder Mitglieder, die in Hamburg und Bremen organisiert waren. Besondere Aktivität wurde zu den Wahlen entwickelt. Die Bearbeitung des 18. und 19. Wahlkreises wurde zwischen Hamburg und den Unterweserstädten aufgeteilt, die gemeinsam mit den bestehenden Ortsvereinen und örtlichen Vertrauensmännern Tagungen durchführten, um die Agitation vorzubereiten. Derartige Agitationskonferenzen fanden u. a. statt in Cuxhaven, Stade, Bützfleth, Steinkirchen, Basbeck und Westersode. Die Reichstagswahlen bis 1912 brachten, mit geringen Schwankungen, eine stetige Aufwärtsentwicklung auch im Regierungsbezirk Stade. Im Jahre 1912 erreichten in allen 4 Wahlkreisen die sozialdemokratischen Kandidaten die Stichwahlen. 1903 war der sozialdemokratische Kandidat im 18. Wahlkreis der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert.

1903 wurde der Ortsverein Lilienthal gegründet; zunächst im benachbarten Bremen-Borgfeld und ab Sommer 1909 offiziell als Ortsverein Lilienthal im Sozialdemokratischen Verein für den 17. hannoverschen Wahlkreis. Ebenfalls im Jahre 1909 gründeten die bis dahin in Bremen organisierten Sozialdemokraten aus Wörpswede einen selbständigen Ortsverein. Die Ritterhuder Sozialdemokraten gehörten bis 1907 zum Ortsverein Burgdamm, gründeten aber in diesem Jahre ebenfalls einen eigenen Ortsverein.

Im Jahre 1906 wurde der Bezirk Nordwest gegründet. Er bestand aus der Bremer Organisation und den Organisationen im 6., 17., 18. und 19. hannoverschen Wahlkreisen. Bezirksvorsitzender wurde Rhein aus Bremen. Im Jahre 1912 wurde Waigand aus Bremen als Bezirkssekretär angestellt.

Die Gründung des Ortsvereins Spaden ist nicht genau festzustellen, aber ab 1910 existiert ein Kassenbuch dieses Ortsvereins. Über die Vertretung der Sozialdemokraten in den Kommunalparlamenten fehlen uns heute noch umfassende Angaben. Soweit heute feststellbar, saßen ab 1907 Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung

Ritterhude und ab 1910 in der Gemeindevertretung Lilienthal. Vor dem 1. Weltkrieg gab es mit Sicherheit auch Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen von Schiffdorf, Spaden und Cadenberge. Soweit es keine eigenen Parteiorganisationen gab, wurde die Landagitation außer von den Städten aus, auch von Vertrauensleuten der Partei im Landgebiet betrieben. Besonders eifrig agitierten im Alten Land und in Kehdingen Hermann Weber und Beck aus Buxtehude. Die Hamburger Organisation finanzierte vor dem 1. Weltkrieg im Industriegebiet um Hemmoor eine Agitationszentrale, die von Beckmann aus Basbeck besetzt war. Da es damals kaum möglich war, in diesem Gebiet Lokale für sozialdemokratische Versammlungen zu erhalten, erbauten die Hamburger auf dem Beckmann'schen Grundstück in Basbeck ein Versammlungslokal, das allerdings nie eine Konzession erhielt.

Schon 1895 war in Stade ein Ortsverein der SPD gegründet worden, der allerdings nur kurze Zeit bestand. Am 10. Dezember 1905 wurde er im Lokal Holthusen in Schölisch wiedergegründet. An diesem Tage traten ca. 50 Mitglieder der Partei bei. Vorsitzender wurde Schulz. Bereits kurze Zeit nach der Gründung wurden die städtischen Arbeiter unter Drohung der Entlassung gezwungen, wieder aus der Partei auszutreten. Trotzdem stieg die Mitgliederzahl an.

Besonders aktiv war der Ortsverein Buxtehude. Im Jahresbericht des „Sozialdemokratischen Vereins für den 17. hannoverschen Wahlkreis vom 1. 7. 1908 bis 30. 6. 1909“, wird berichtet, daß in der Berichtszeit 13 Mitgliederversammlungen und 7 Volksversammlungen mit gutem Besuch stattfanden. Der Ortsverein Buxtehude-Altkloster hatte damals 163 männliche und 27 weibliche Mitglieder. Im gleichen Bericht wurde erwähnt, daß es zwar noch nicht gelungen sei in Horneburg einen eigenen Ortsverein zu gründen, die dortigen Sozialdemokraten aber doch aktiv seien.

Ebenfalls war es noch nicht möglich in Rotenburg eine feste Organisation zu gründen. In Visselhövede gab es einen Vertrauensmann und einige Mitglieder, es war aber nicht möglich, ein Versammlungslokal zu finden.

In den Jahresberichten der Hamburger Parteiorganisation wird auch über den Distrikt Cuxhaven berichtet. Die Mitgliederzahl stieg dort von 37 im Jahre 1903 auf 361 im Jahre 1914. Trotz Behinderung durch ein Wahlgesetz, daß die Arbeitnehmer benachteiligte, gelang es im Laufe der Zeit, Sozialdemokraten in die Kommunalvertretung zu bringen. Regelmäßige Mitgliederversammlungen und Volksversammlungen trugen zu dieser Entwicklung bei.

Bei der Reichstagswahl 1907 waren von den Wählern, die für die SPD gestimmt hatten in Cuxhaven 62,2% in der SPD organisiert gegen rund 40% im Hamburger Stadtgebiet. Bei der Reichstagswahl 1912 erzielte die SPD im Amt Ritzebüttel ca. 30% der Stimmen.

1. Weltkrieg und Revolution

Die scheinbar unaufhaltsame Aufwärtsentwicklung der Partei wurde durch den 1. Weltkrieg unterbrochen. Es fehlen zwar weitgehend Angaben über die Parteientwicklung im 1. Weltkrieg; doch kann man davon ausgehen, daß für den Regierungsbezirk Stade

die Entwicklung ähnlich war, wie im ganzen Reichsgebiet. Danach wurden bereits bei Kriegsbeginn etwa die Hälfte der Mitglieder zum Militär eingezogen. Bis 1917 stieg dieser Anteil auf etwa 75%. Dadurch wurde das Parteileben weitgehend gelähmt, zum Beispiel wird das Kassenbuch des Ortsvereins Spaden im Jahre 1916 abgebrochen. Der 1. Weltkrieg brachte auch die Spaltung der Partei. Über die Auswirkung dieser Spaltung auf die Parteiorganisation im Regierungsbezirk Stade gibt es gegenwärtig nur wenige Hinweise. Beckmann aus Basbeck z. B. ging zur USPD, und gegen Kriegsende wurde in Cuxhaven die USPD durch Hermann Kraatz gegründet. In einigen Ortsvereinen kann als Hinweis auf die Spaltung die Mitteilung über den Zusammenschluß von Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten im Jahre 1922 gelten. Auf einer Bezirkskonferenz Nordwest am 11. Juli 1915 wurde die Haltung des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion zur Bewilligung der Kriegskredite mit großer Mehrheit gebilligt, obgleich aus Bremen viele Delegierte der Opposition angehörten. Offensichtlich hat die Parteispaltung im Regierungsbezirk Stade wenig Wirkung gehabt.

Der Ausbruch der Revolution am 3. 11. 1918 in Kiel und der folgende Zusammenbruch der alten Gewalten im Reich kam für alle politischen Parteien und Gruppen überraschend. Bereits am 4. November kam ein Minensuchboot von Kiel mit revolutionären Matrosen nach Cuxhaven und am Abend des 5. November wurde in Cuxhaven ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Das geschah 4 Tage bevor auch in Berlin die Revolution ausbrach.

Der Soldatenrat in Cuxhaven bestand vorwiegend aus Matrosen, die Kontakt mit den Bremer Linksradiكالen hatten, während der Arbeiterrat zunächst aus Vertretern der USP gebildet wurde. Erst Ende November trat mit Klemet ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten hinzu. Ab Februar 1919 bestand er überwiegend aus Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten. Der Soldatenrat löste sich am 9. Februar 1919 auf, nachdem die Division Gerstenberg nach Bremerhaven gekommen war. Während die militärischen Dienststellen weitgehend vom Soldatenrat übernommen wurden, blieb die Kommunalverwaltung im Amt und wurde nur durch einen Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten ergänzt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte auch Kontakt mit dem Soldatenrat des Marine-Flugplatzes Nordholz. Die Besetzung des Bahnhofes und des Postamtes, auch des Otterndorfer Postamtes, mußte aufgehoben werden, nachdem die Bediensteten der Bahn und der Post mit Streik gedroht hatten.

Auch die Landratsämter Otterndorf und Neuhaus waren zeitweilig unter Kontrolle des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrates. Auch der Regierungspräsident in Stade wurde durch Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates zeitweilig amtsenthoben, bis sich der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat einschaltete. Nach einer Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte des Regierungsbezirks Stade und von Cuxhaven am 19. 1. 1919 wurde beschlossen, einen Vertreter beim Regierungspräsidenten in Stade zu bestimmen.

Trotz der Parteispaltung in USP und Mehrheitssozialdemokraten bildeten beide Parteien in der Stadtvertretung Cuxhaven eine gemeinsame Fraktion der Linken. Fast 1 Jahr vor dem Zusammenschluß beider Parteien im Reichsgebiet wurde bereits in Cuxhaven der Zusammenschluß vollzogen.

Bei der Wahl zur Nationalversammlung erhielten im Amt Ritzebüttel von 9 941 gültigen Stimmen die Mehrheitssozialdemokraten 4 465 und die USPD 661 Stimmen, also zusammen über 50%.

Die SPD in der Weimarer Republik

Das Ende der Unterdrückungsmaßnahmen des Kaiserreichs und der erste Versuch der Demokratie in Deutschland brachte einen Aufschwung der Parteiorganisation auch im Regierungsbezirk Stade. In vielen Orten, in denen vorher nur Vertrauensleute oder Einzelmitglieder waren, wurden, vor allem in den Jahren 1919 bis 1921, neue Ortsvereine gegründet. Bestehende Ortsvereine wurden aktiviert. Die Verwaltungsbehörden, die bis dahin gegen Sozialdemokraten eingestellt waren, forderten die Bediensteten auf, loyal zur Republik zu stehen. In den Arbeiter- und Soldatenräten waren Sozialdemokraten weitgehend führend. Auch die Vertreter der bisherigen herrschenden Parteien gaben, wie z. B. in einer Einwohnerversammlung in Verden zu, daß es ein Fehler war, die Arbeiter als gleichberechtigte Bürger abzulehnen. Der Preußische Innenminister wies am 21. 6. 1919 alle Behörden ausdrücklich an, keine Geheimakten mehr über Sozialdemokraten zu führen. Jetzt wurden auch in größerer Zahl sozialdemokratische Listen zu den Kommunalwahlen eingereicht und viele Sozialdemokraten in Kommunalparlamente gewählt. Außer der Parteiorganisation entstanden an mehreren Orten Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und andere der Partei nahestehende Kultur- und Sportorganisationen. Auch die Gewerkschaften wurden stärker. Nach der Vereinigung der beiden Sozialdemokratischen Parteien am 24. 9. 1922 in Nürnberg wurde dieser Zusammenschluß auch in den einzelnen Ortsvereinen vollzogen.

Auf der Parteiausschußsitzung am 13. 12. 1919 wurden einige Änderungen der Bezirkseinteilung beschlossen. Dabei wurde auch der Bezirk Hamburg-Nordwest gebildet, der nunmehr aus Hamburg, Bremen und dem Regierungsbezirk Stade bestand. Sitz dieses neuen Bezirks wurde Hamburg, Bezirkssekretär neben Waigand aus Bremen, Heinrich Vogel aus Hemelingen. Für die bei dieser Gelegenheit gebildeten Unterbezirke wurden Sekretäre angestellt, die allerdings während der Inflationszeit 1923 wieder entlassen werden mußten.

Die Inflationszeit bis Ende 1923 lähmte weitgehend die Organisationsarbeit. Historisch interessant ist die Höhe der Parteibeiträge in dieser Zeit; es handelt sich um Wochenbeiträge.

April 1923	Männer 150.— Mark	Frauen 40.— Mark
August 1923	Männer 100 000.— Mark	Frauen 20 000.— Mark
September 1923	Männer 1 Million Mark	Frauen 200 000.— Mark
Oktober 1923	Männer 4 Millionen Mark	Frauen 1 Million Mark
November 1923	Männer 6 Milliarden Mark	Frauen 2 Milliarden Mark
Dezember 1923	Männer 120 Milliarden Mark	Frauen 30 Milliarden Mark

Ab April 1924 wurde ein Wochenbeitrag für Männer von 15 Pfennig und für Frauen von 5 Pfennig festgesetzt.

Im Jahresbericht des Bezirks Hamburg-Nordwest für die Zeit 1923 bis 1925 werden für März 1925 folgende Ortsvereine im Gebiet des heutigen Bezirks Nord-Niedersachsen erwähnt.

Unterbezirk Achim — Verden — Rotenburg — Zeven

Achim, Mahndorf-Uphusen, Baden, Daverden, Bassen, Ottersberg, Oyten, Uesen, Verden, Langwedel, Morsum-Wulmstorf, Kirchlinteln, Rotenburg, Visselhövede, Sottrum, Zeven.

Unterbezirk Vegesack-Blumenthal

Schwanewede, Löhnhorst, Osterholz-Scharmbeck, Ihlpohl, Buschhausen, Westerbeck, Pennigbüttel, Scharmbeckstotel, Hambergen, Ritterhude, Lilienthal, Worpswede.

Unterbezirk Unterelbe

Stade, Campe, Brunshausen, Hollern, Horneburg, Neukloster, Harsefeld, Jork, Buxtehude-Altkloster, Estebrügge, Steinkirchen, Wischhafen, Bützfleth, Krummendeich, Krautsand, Assel, Dornbusch, Balje, Altenbruch, Otterndorf, Cadenberge, Lamstedt, Warstade, Hemmoor, Franzenburg.

Unterbezirk Unterweser

Schiffdorf, Loxstedt, Stotel, Wehdel-Altluneberg, Sellstedt, Bexhövede, Geestenseth, Düring, Spaden, Langen, Imsum, Drangstedt, Dorum, Wremen, Debstedt, Altenwalde, Cappel-Neufeld, Cappel, Bremervörde, Gnarrenburg, Bockel.

Außerdem bestand der Hamburger Distrikt Cuxhaven.

Die Ortsvereine Dauelsen, Walle, Scheeßel und Etelsen waren während der Inflationszeit eingegangen.

Bis 1930 wurden folgende Ortsvereine neu gegründet:

Belum, Geversdorf, Basbeck, Lüdingworth, Neuenkirchen (Hadeln), Oberndorf, Beverstedt, Holßel, Hymendorf, Freschluneberg, Midlum, Nordholz, Padingbüttel, Sandstedt, Stubben, Wehldorf, Karlshöfen, Selsingen, Freiburg, Oederquart, Weinkampsmoor, Trupermoor, Neuenkirchen (Osterholz), Platjenwerbe, Rautendorf, Wallhöfen, Scheeßel, Badenermoor, Bendingbostel, Bierden, Borstel, Dauelsen, Walle, Dörverden, Etelsen, Intschede.

Die Mitgliederzahlen im Gebiet der heutigen Kreisvereine sind aus der beigefügten Tabelle ersichtlich.

Im Jahresbericht des Bezirks Hamburg-Nordwest 1923 bis 1925 erschien auch eine Übersicht über die Gemeindevertreter der SPD. In Klammern ist jeweils die Gesamtzahl der Gemeindevertreter aufgeführt.

Kreis Achim

Achim 5 (15), Uphusen 3 (12), Baden 3 (15), Daverden 6 (?), Bassen 1 (?), Ottersberg 1 (14), Oyten 2 (12), Uesen 5 (12).

Kreis Verden

Verden 5 (21), Langwedel 3 (14), Morsum-Wulmstorf 2 (?).

Kreis Rotenburg

Rotenburg 2 (12), Visselhövede 7 (18), Sottrum 1 (?).

Kreis Osterholz

Ihlpohl 5 (12), Scharmbeck 6 (15), Osterholz 6 (12), Buschhausen 5 (10), Westerbeck 3 (10), Pennigbüttel 6 (10), Scharmbeckstotel 2 (12), Hambergen 3 (12), Heißenbüttel 2 (12), Heilsdorf 1 (6), Ritterhude 6 (12), Lilienthal 4 (?), Trupe 2 (?), Moorhausen 4 (?), Falkenberg 2 (?), Trupermoor 4 (?), Worpswede 2 (15).

Kreis-Blumenthal

Neuenkirchen 3 (9), Schwanewede 5 (15).

Kreis Stade

Stade 7 (22), Schölisch 6 (11), Campe 8 (15), Brunshausen 6 (10), Hollern 3 (12), Horneburg 3 (12), Hedendorf 3 (9), Harsefeld 6 (18), Altkloster 4 (18).

Kreis Jork

Jork 3 (9), Borstel 5 (20), Buxtehude 5 (15), Estebrügge 5 (12), Hove 4 (12), Moorende 4 (12), Königreich 5 (12), Steinkirchen 3 (16).

Kreis Kehdingen

Neuland 5 (14), Hammelwürden 3 (12), Bützfleth 4 (12), Krautsand 3 (12), Assel 6 (20), Drochtersen 7 (20).

Kreis Hadeln

Altenbruch 5 (14), Otterndorf 2 (12), Franzenburg 4 (6).

Kreis Neuhaus

Cadenberge 3 (18), Lamstedt 1 (9), Warstade 6 (12), Westersode 10 (24).

Kreis Geestemünde

Schiffdorf 6 (12), Loxstedt 4 (12), Nesse 5 (12), Stotel 4 (12), Wehdel 5 (12), Altlüneberg 2 (12), Sellstedt 3 (12), Bexhövede 3 (8), Düring 2 (12), Geestenseth 1 (12).

Kreis Lehe

Spaden 4 (8), Langen 4 (12), Imsum 4 (12), Dorum 5 (12), Wremen 7 (18), Debstedt 2 (8), Altenwalde 4 (12), Cappel 4 (12), Cappel-Neufeld 3 (12), Drangstedt 2 (12).

Kreis Bremervörde

Bremervörde 3 (15).

Amt Ritzebüttel

Stickenbüttel 3 (9), Duhnen 3 (9), Süder-Westerwisch 3 (9), Groden 5 (13), Guden-dorf 1 (9), Holte-Spangen 1 (9), Arensch-Berensch 1 (9), Oxstedt 1 (9), Cuxhaven 8 (25). Damals lagen aus folgenden Orten keine Meldungen vor:

Bierden, Walle, Kirchlinteln, Scheeßel, Weinkaufsmoor, Löhnhorst, Himmelpforten, Balje, Basbeck, Freschlüneberg, Bokel, Bederkesa, Gnarrenburg.

Nur im Kreise Zeven gab es keinen sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Bis auf den Kreis Zeven gab es in allen Kreisen sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete. Sozialdemokratische Bürgermeister gab es in Ihlpohl, Buschhausen, Heißenbüttel, Campe, Altkloster.

Von 1919 bis 1933 war Karl Olfers aus Cuxhaven Abgeordneter der Hamburger Bürger-schaft,

Die Jahre 1924/1925 waren weitgehend von Wahlkämpfen bestimmt. Es gab 2 Reichs-tagswahlen, 2 Reichspräsidentenwahlen, die Landtagswahl in Preußen, eine Volks-abstimmung in der preußischen Provinz Hannover und Gemeindewahlen. Dadurch war die Organisation weitgehend in Anspruch genommen. Für die vielen Wahlver-sammlungen konnten jetzt nach dem Kriege fast überall Lokale gefunden werden; lediglich in Altenbruch war kein Gastwirt bereit, den Sozialdemokraten ein Versamm-lungslokal zu geben. Große Mengen Plakate und sonstiges schriftliches Wahlmaterial wurden durch die Organisation verbreitet. In einer Auflage von 70 000 Exemplaren wurde monatlich die vom Bezirk herausgegebene Zeitung „Blinkfuer“ im Regierungs-bezirk Stade verteilt.

An sozialdemokratischen Tageszeitungen wurden im Regierungsbezirk verteilt „Bremer Volkszeitung“ für den Unterbezirk Achim-Verden, „Blumenthaler Volkszeitung“ für

den Unterbezirk Vegesack-Blumenthal, „Norddeutsche Volksstimme“ für die Kreise Lehe, Geestemünde und Bremervörde, „Alte Liebe“ für Cuxhaven, Hadeln und Neuhaus und das „Volksblatt für die Untereibe“ für die Kreise Stade, Jork und Kehdingen. Die Zahl der Abonnenten war im allgemeinen nicht sehr groß.

1925 waren die folgenden Unterbezirkssekretäre angestellt:

Ernst Teßloff, Unterbezirk Untereibe; Heinrich Kammerahl, Unterbezirk Unterweser; Wilhelm Strauß, Unterbezirk Achim-Verden. Ende 1925 trat an die Stelle von Ernst Teßloff – Max Thoma und im Oktober 1927 wurde auch für den Unterbezirk Vegesack-Blumenthal mit Willi Dehnkamp ein Unterbezirkssekretär eingestellt.

Neben der Wahl- und allgemeinen Organisationsarbeit werden auch viele Bildungsveranstaltungen gemeldet. Viele Ortsvereine richteten eigene Büchereien ein. Man begann, Filme und Lichtbilderserien bei Parteiveranstaltungen einzusetzen und mit „proletarischen Feierstunden“ den Zusammenhalt der Sozialdemokraten zu festigen. Für Kreis- und Gemeindevertreter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Es entstanden in einigen Orten Frauengruppen. Ab 1924 wurde an vielen Orten das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet und damit eine Organisation nicht nur zum Schutz, sondern vor allen Dingen für die Propagandaarbeit geschaffen. Eine Reihe von jüngeren Mitgliedern nahm an der Bezirksparteischule teil, dabei handelte es sich um einwöchige Kurse in verschiedenen Heimen. Ab 1928 fanden sie vorwiegend im neuen Heim der SAJ in Eckel statt.

Die Wahlergebnisse in der Weimarer Zeit entsprachen der Entwicklung im ganzen Reichsgebiet. Das beste Ergebnis wurde auch im Regierungsbezirk Stade bei der Reichstagswahl 1928 erreicht.

Die Wirtschaftskrise ab 1929 hat trotz der politischen Radikalisierung nicht zu einer wesentlichen Schwächung der Parteiorganisation geführt, wenn auch der Druck der Gegner härter wurde. Allerdings war auch im Bezirk die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern sehr hoch.

Über die Einteilung der Mitglieder für die Wahlarbeit am Wahltag liegen als Beispiel Unterlagen aus dem Ortsverein Stade vor. Für jedes Wahllokal wurde ein „Schlepperlokal“ eingerichtet. Einige Mitglieder notierten im Wahllokal, wer zur Wahl ging. Die Säumigen wurden durch „Schlepper“ aufgesucht und zur Wahl aufgefordert. Dafür standen auch Autos zur Verfügung.

Der Ortsverein Stade veranstaltete am 6. und 7. September 1930 ein Parteifest aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Ortsvereins. An diesem Fest nahmen Vertreter aus vielen Ortsvereinen des Bezirks teil. In großer Zahl war auch die SAJ, besonders aus Hamburg, dabei. Redner waren, neben dem früheren Unterbezirkssekretär Ernst Teßloff, der Sohn des 1. Reichspräsidenten, der Reichstagsabgeordnete Friedrich Ebert, der frühere preußische Innenminister, Albert Gresinki und der Hamburger Parteivorsitzende, Karl Meitmann.

Nach einer sozialdemokratischen Kundgebung in Zeven am 16. 3. 1931, kam es zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Angehörigen der NSDAP und des „Stahlhelm“.

In Bremervörde, also im schwierigsten Gebiet im Regierungsbezirk, fand am 25. und 26. 10. 1931 ein Reichsbannertreffen statt, an dem, lt. „Norddeutscher Volksstimme“, 3 500 Reichsbannerleute teilnahmen.

Über die Wirkung der Abspaltung der SAP von der SPD im Herbst 1931, liegt uns nur aus Verden der Hinweis vor, daß sich in dieser Stadt eine Gruppe der SAP unter Leitung von Heinrich Siekmann, Verden, Dietrich Fischer, Verden und Adolf Funke aus Dauelsen gebildet hat.

Von Weimar zu Hitler –

Ausschaltung und Verfolgung der Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Stade

Preußenputsch und Reichstagswahlen 1932

Der Staatsstreich der reaktionären Regierung Papen gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung am 20. Juli 1932 raubte dem Weimarer Staat die stärkste noch bestehende republikanische Position und brachte ihn endgültig auf die schiefe Ebene, an deren Ende der 30. Januar 1933 mit der Machtergreifung Hitlers stand.

Unmittelbare Folge des Preußenputsches war die Absetzung zahlreicher republikanisch gesinnter Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten. Deutschnationale und Nationalsozialisten triumphierten – und verschärften ihren Kampf gegen die SPD.

Auch die Kommunisten machten sich nun verstärkt daran, die sozialdemokratischen Bastionen zu stürmen: Wie aus einer Arbeitsanweisung der Bezirksleitung Wasserkante vom August 1932 hervorgeht, betrachtete es die KPD als ihre nunmehr wichtigste Aufgabe, „im Sturmtempo die Massenbasis der SPD zu vernichten und die SPD-Arbeiter und Wähler ins kommunistische Lager zu überführen“.

So nimmt es denn nicht wunder, daß durch diesen von rechts und links gemeinsam gegen die SPD geführten Kampf die sozialdemokratischen Stimmen zwischen den am 31. Juli und 6. November 1932 stattfindenden Reichstagswahlen leicht zurückgingen: z. B. im damaligen Unterbezirk Unterelbe – bestehend aus den Großkreisen Stade und Land Hadeln – von 17 499 (24,8%) auf 14 695 (22,4%). Besonders hoch fielen die Verluste in Esteburg (117 Stimmen oder 31,7% am 31. 7.; 75 Stimmen oder 19,9% am 6. 11. 1932) und Neuhaus/Oste (204 Stimmen oder 26,5% am 31. 7.; 136 Stimmen oder 18,8% am 6. 11. 1932) aus. Stimmengewinne erzielten allein Moorende (63 Stimmen oder 18,8% am 31. 7.; 78 Stimmen oder 26,8% am 6. 11. 1932) und Krummendeich (174 Stimmen oder 36,2% am 31. 7.; 178 Stimmen oder 36,9% am 6. 11. 1932).

Organisatorisches

Der im Februar 1933 herausgegebene Organisationsbericht des Unterbezirks Unterelbe für die Zeit vom 1. Januar 1931 bis 31. Dezember 1932 verzeichnet nach dem Stand vom 31. Dezember 1932 27 Ortsvereine mit 2 547 Mitgliedern, darunter 554 Frauen.

1 302 Mitglieder, d. h. über 50% der Gesamtmitgliedschaft des Unterbezirks Unterelbe waren Erwerbslose oder Invaliden.

Zu den größten Ortsvereinen im Unterbezirk gehörten Ende 1932:

Stade	mit 999 Mitgliedern
Buxtehude- Altkloster	305 Mitgliedern
Altenbruch	136
Steinkirchen	107
Estebürgge	105

zu den kleinsten:

Assel	mit 10 Mitgliedern
Krummendeich	15
Oederquart	16

Folgende Arbeitsgemeinschaften bestanden 1932 im Unterbezirk Unterelbe:

Sozialistische Arbeiterjugend	in 3 Ortsvereinen
Bildungsausschüsse	6 Ortsvereinen
Frauengruppen in mindestens	5 Ortsvereinen

Organisationsberichte aus anderen Unterbezirken fehlen. Dagegen liegt die Organisationsstruktur des „Reichsbanners“ vor.

Das Mitte der zwanziger Jahre als Gegengewicht zur nationalsozialistischen SA und zum deutschnationalen „Stahlhelm“ gegründete „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war 1932 in zahlreichen Orten des Regierungsbezirkes Stade vertreten. Aus den 4 Reichsbannerkreisen, die sich nicht mit den politischen Kreisen deckten und z.T. auch hanseatische Gebiete einschlossen, sollen in der nachstehenden Übersicht nur die im heutigen Bezirk Stade liegenden Ortsvereine genannt werden:

Die Organisation des „Reichsbanners“ im Regierungsbezirk Stade

1. Reichsbanner-Kreis Stade

Kreisführer: Lehrer Wilhelm Sietas

Zum Kreis gehörten die Ortsvereine:

Stade	mit 145 Mitgliedern	— Vorsitzender: Hinrich Steenwarber
Freiburg	70	August von Barga
Drochtersen	35	Heinrich Kirchhoff
Buxtehude	Stärke nicht bekannt	Hugo Schimke
Estebürgge	60	Amandus Busch
Jork	50	Heinrich Bösch
Hollern-	7	Hermann Stucke
Twiefelfleth		
Steinkirchen	50	Heinrich Bardenhagen
Hornburg	Stärke nicht bekannt	Hinrich Minck
Harsefeld	55	Justus Spreckelsen
Bremervörde	70-80	Friedrich Kerst
Gnarrenburg	60	Hermann Horstschäfer
Warstade	80	Karl Borchers

Altenbruch-
Groden mindestens 150

Lehrer Hagenah

Schutzformationen (Schufo) bestanden in Stade, Buxtehude, Estebrügge, Jork, Steinkirchen, Warstade und Altenbruch-Groden.

2. Reichsbanner-Kreis Achim-Hemelingen

Kreisführer: Parteisekretär Wilhelm Strauß

Zum Kreis gehörten die Ortsvereine:

Achim	mit 75 Mitgliedern	— Vorsitzender: Fritz Rübeck
Verden	100	Friedrich Kruse
Baden	38	Hermann Othersen
Rotenburg	66	Niehoff
Visselhövede	30	Hans Kalischewski

Schutzformationen bestanden in Achim, Verden, Baden und Rotenburg.

3. Reichsbanner-Kreis Bremen

Kreisführer: Lehrer Oskar Drees

Zum Kreis gehörten folgende im Regierungsbezirk Stade liegende Ortsvereine:

Osterholz-Scharmbeck	mit 90 Mitgliedern	— Vorsitzender: Erich Drebelow
Hambergen	30	Martin Heinecke
Ritterhude	38	Friedrich Verholen
Lillienthal	52	Friedrich v. d. Heyden

Eine Schutzformation bestand nur in Osterholz-Scharmbeck.

4. Reichsbanner-Kreis Wesermünde

Kreisführer: Parteisekretär Heinrich Kamerahl

Zum Kreis gehörten folgende im Regierungsbezirk Stade liegende Ortsvereine:

Nordholz	mit 54 Mitgliedern	— Vorsitzender: Fritz Moritz
Midlum	30	Fritz Heinz
Langen	18	Ottomar Zsiesche
Dorum	70-80	Hermann Uppendahl

In dem zur Hansestadt Hamburg gehörigen Amt Ritzebüttel, das heute etwa mit dem Stadtkreis Cuxhaven übereinstimmt, existierten mehrere Reichsbanner-Ortsgruppen, deren Größe und Vorsitzenden jedoch nicht festzustellen waren.

„Reichsbanner“, Angestelltenorganisationen, Arbeitersportvereine und andere republikanische Verbände schlossen sich Ende 1931 zur „Eisernen Front“ zusammen, um den Weimarer Staat und seine republikanischen Institutionen gegen die antirepublikanische „Harzburger Front“ aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu verteidigen.

In fast allen größeren Ortsvereinen der SPD und des „Reichsbanners“ lassen sich 1932 Ausschüsse der „Eisernen Front“ nachweisen.

Machtergreifung, Reichstagsbrand und Terror-Wahlen

Die Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 entzündete an der Basis der SPD und der ihr nahestehenden Organisationen mehr oder minder heftigen Widerstandswillen. Am selben Tage noch berief Ludwig Jürgens, Vorsitzender der „Eisernen Front“ und der SPD in Stade, die Vorstände des Ortsausschusses (der „Eisernen Front“), des „Reichsbanners“, des Sportkartells, der Angestelltenorganisationen und der Sozialdemokratischen Partei für den 1. Februar zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Das Protokoll dieser Sitzung, sofern es geführt wurde, war nicht auffindbar. Dennoch lassen sich die dort und auf einer weiteren Sitzung am 9. Februar gefaßten Beschlüsse an den zahlreichen Aktionen der „Eisernen Front“ und der SPD in den nächsten Wochen ablesen:

Am 9. Februar veranstalteten „Eiserne Front“ und SPD eine öffentliche Kundgebung im „Kyffhäuser“, Harburger Straße. Alle Republikaner wurden aufgefordert, sich in die „Eiserne Front“ einzureihen. Zu der im März bevorstehenden Reichstagsneuwahl referierte bei dieser Gelegenheit das sozialdemokratische Mitglied des Reichstags Alfred Faust aus Bremen über „Abrechnung der November-‘Verbrecher‘ mit den feinen Leuten und dem ostelbischen Raubrittertum“.

Am 11. Februar rief die „Eiserne Front“ die Bevölkerung Stades zu einer „großen Demonstration für Freiheit und gegen Knechtschaft“ auf. Wie aus dem Aufmarschplan ersichtlich, bewegte sich der Demonstrations- und Fackelzug vom Sande durch die Gr. Schmiedestraße, Hökerstraße, Bungenstraße, Wallstraße, Bahnhofstraße, Harsfelder Straße, Teichstraße, Jobelmannstraße, Thunerstraße, Schäferstieg, Harburger Straße, Brinkstraße, Bahnhofstraße, Holzstraße zurück zum Sande. Abschließend sprach dort der Kreisvorsitzende des „Reichsbanners“ Wilhelm Sietas.

Tags darauf, am 12. Februar 1933, einem Sonntag, versammelten sich Delegierte der SPD aus den Kreisen Stade und Land Hadeln schon um 8.30 Uhr zur Unterbezirkskonferenz im Stader Clubhaus Bremeyer.

Im Anschluß daran tagten die Kreisarbeitsgemeinschaften Stade-Jork-Kehdingen und Neuhaus-Hadeln der SPD. Tagesordnung:

1. Wahl des Kreisvorstandes
2. Aufstellung der Kandidatenliste zum Kreistag
3. Organisation und Agitation für die am 12. März stattfindenden Kommunalwahlen.

Die sich überstürzenden politischen Ereignisse:

Machtübernahme Hitlers,
Reichstags- und Landtagsauflösung,
Reichstags- und Landtagsneuwahlen am 5. März,
Kommunalwahlen am 12. März,

erforderten schnellste organisatorische Maßnahmen und den vollen Einsatz aller Funktionäre und Mitglieder der Partei.

Die letzte große Veranstaltung der „Eisernen Front“ Stade vor den Reichstagswahlen fand am 25. Februar statt. Der Aufruf hierzu wird wegen seiner Eindringlichkeit vollständig wiedergegeben:

Dokument Nr. 1

Stadtarchiv Stade DJ 1/13

Auf zur Massen-, Wahl- und Kampf-Kundgebung der Eisernen Front Stade!

Republikanerinnen und Republikaner in Stade und Umgebung!

Die „Eiserne Front“ ruft Euch zur letzten großen Kundgebung vor der entscheidenden Wahlschlacht auf, vor der Entscheidung darüber, ob Faschismus und Reaktion die Zukunft des ganzen deutschen Volkes allein bestimmen sollen,

oder ob das deutsche Volk, das Volk selbst sein Schicksal in die Hand nehmen will,

ob Diktatur die von den jetzt Regierenden begonnene Praxis fortsetzen, den Besitzenden geben, den Armen nehmen soll,

oder ob ein demokratisches, soziales Regiment den wirklichen Wiederaufbau der Wirtschaft von unten auf garantieren und durchführen soll.

Wer sich in diesen Fragen noch nicht entschieden haben sollte, der hole sich den Entschluß am

Sonnabend, 25. Februar, im „Kyffhäuser“ (Harburger Straße)

Es sprechen: **Max Westphal**, Berlin, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und **Erna tum Suden**, Hamburg, Reichstagskandidatin [...]

in der letzten öffentlichen Kundgebung vor der Reichstagswahl

Für Arbeit und Brot, für die Freiheit!

Wählt Liste 2 Sozialdemokraten!

Etwa zur gleichen Zeit verbreitete die Deutschnationale Volkspartei – Kreisverein Stade – ein Flugblatt, das, kontrastierend mit dem obigen, sehr deutlich die verhängnisvolle Rolle der bürgerlich-nationalen Kreise bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten dokumentiert. Wegen des großen Umfangs können nur wenige Passagen daraus zitiert werden:

„Ein Aufatmen der Erleichterung geht in diesen Tagen durch alles im deutschen Volke, was national denkt und fühlt. [...]

Von ganzem Herzen freuen wir uns, dass wir in diesem Wahlkampfe wieder mit klarer Front kämpfen dürfen, dass sich das nationale Deutschland nach dem Hader des letzten Jahres wieder gefunden hat. Seite an Seite steht heute Hitler neben Hugenberg, beide voll nationaler Leidenschaft, Vertreter der besten Kräfte des jungen und des alten Deutschlands, eine Paarung, wie sie glücklicher nicht gedacht werden kann. Wir sind gewiß, daß aus ihrem Zusammenarbeiten für das deutsche Volk die Rettung kommen wird.“

Die Konsequenzen dieser glücklichen Paarung waren Terror, Willkür, Krieg und Vernichtung mehrerer Millionen Menschen, Vertreibung, Flucht und Teilung Deutschlands, mit allen Folgekosten.

Während der Terror gegen die SPD nach dem Preußenputsch am 20. Juli 1932 nur vereinzelt auftrat, mißbrauchte die Regierung Hitler die nach dem Reichstagsbrand zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte erlassene Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 zur systematischen Unterdrückung auch der SPD, ihrer Abgeordneten, Funktionäre und Mitglieder, zunächst ihrer Presseorgane:

So wurden noch am 28. Februar durch Funkspruch des preußischen Innenministers Göring alle sozialdemokratischen periodischen Druckschriften für zwei Wochen verboten – darunter auch das in Harburg erscheinende „Volksblatt für die Unterelbe“ und die in Wesermünde herausgegebene „Norddeutsche Volksstimme“. Nach Ablauf der beiden Wochen wurde das Verbot um die gleiche Zeit verlängert und schließlich am 29. März 1933 bis auf weiteres ausgesprochen. Bis auf weiteres – das bedeutete ständiges Verbot.

Ende Februar und Anfang März beschlagnahmte die Polizei in Langwedel, Ottersberg und Baden insgesamt mehrere Hundert Exemplare des „Blickfürer“ und der „Bremer Volkszeitung“.

Mit Schreiben vom 2. März 1933 zog der Bürgermeister in Stade die am 20. Februar 1933 erteilte Genehmigung zur Anbringung von 8 Transparenten zurück und verlangte deren Entfernung „im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“. Ebenfalls „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung am Wahltage und um eine ungehinderte Wahlpropaganda [für NSDAP und DNVP] zu gewährleisten“, traf der Polizeidirektor in Wesermünde am 4. März folgende Anordnung:

„Die Wahlpropaganda der hinter der nationalen Regierung stehenden Gruppen und Parteien unterliegt keiner Einschränkung.

Die SPD [...] kann vor jedem Wahllokal, außerhalb des Wahlgebäudes, einen Plakatträger mit 2 Plakaten, in denen lediglich zur Wahl der betreffenden Liste aufgefordert wird, aufstellen. [...]

Rufe irgendwelcher Art – auch Parteigrüße wie ‘Freiheit’ – sind verboten [...]“.

Diese und ähnliche, mitunter kleinlichen und schikanösen Maßnahmen waren den Nationalsozialisten und ihren deutschnationalen Helfershelfern recht und billig, um den Wahlkampf der SPD zu behindern, ja zu verhindern. Daß bereits Anfang März öffentliche Versammlungen der SPD verboten wurden, beweist ein Flugblatt des SPD-Ortsvereins Stade vom 9. März:

Dokument Nr. 2

Stadtarchiv Stade DJ 1/13

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Stade

Stade, den 9. März 1933.

Genossinnen und Genossen!

Wir müssen Euch mitteilen, **daß in letzter Stunde alles verboten worden ist.** Öffentliche Versammlung, Flugblätter und jede andere Propagandamöglichkeit. Wir fordern Euch auf, Genossinnen und Genossen, **allen Gewalten zum Trotz mündlich die intensivste Agitation zu entfalten.** Es gilt, in den letzten Stunden **für Provinz-, Kreis- und Gemeindewahl am 12. März**

nur für die Liste 2

zu werben.

I. A.: Ludwig Jürgens.

Heinrich Börger.

Trotz Terror, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsverbot behauptete sich die SPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933: Sie brachte es auf 7 176 505 Stimmen und 120 Mandate gegenüber 7 247 959 Stimmen und 121 Mandaten bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932. Im Bereich des Bezirkes Hamburg-Nordwest wurden sogar rund 8 000 Stimmen hinzugewonnen. Knapp behaupten konnte sich die SPD

Ausschaltung und Verfolgung der Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Stade

Im letzten Drittel des Monats März holte das Regime zu einem Schlag gegen den Parlamentarismus auf Reichs-, Landes- und Gemeindeebene aus, der den Untergang der Weimarer Republik besiegelte:

Am 23. März 1933 verabschiedete der Reichstag auf Verlangen der Nationalsozialisten mit den Stimmen der Deutschnationalen und Bürgerlichen das „Ermächtigungsgesetz“, das die gesetzgebende Gewalt der Exekutive übertrug und mithalf, den föderalistischen Aufbau des Deutschen Reiches zu demontieren.

Allein die sozialdemokratische Fraktion lehnte diese Gesetzesvorlage ab und bekannte sich mit der Erklärung ihres Sprechers Otto Wels uneingeschränkt zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und der Verfassung von Weimar:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. [...]

Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, [...]

Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Tags darauf, am 24. März 1933, wies der preußische Innenminister Göring per Funkpruch die Regierungspräsidenten an, alle sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevorstände und Deputationen sofort zu beurlauben. Der Regierungsvizepräsident in Stade, Gauleiter Telschow, der sich sein neues Amt mehr oder minder gewaltsam angeeignet hatte, gab den Erlaß weiter an die Landräte, Vorsitzenden der Kreisausschüsse und Bürgermeister des Bezirks und ersuchte im Anschluß daran die Landräte, „bezüglich der Landgemeinden das Erforderliche umgehend in die Wege zu leiten und als meine Beauftragten auch bezüglich der kreisangehörigen Städte entsprechend zu verfahren.“

Eine Beteiligung gewählter Sozialdemokraten an den Geschäften der kommunalen Verwaltungsorgane kam nach Meinung des Gauleiters Telschow „wegen der Unmöglichkeit einer sachlichen Geschäftsführung in rein nationalem Sinne durch diese Personen nicht mehr in Frage.“

Gewählten sozialdemokratischen Gemeindevorstands- bzw. Magistratsmitgliedern war fortan die Bestätigung (Vereidigung) zu verweigern.

„Die Nichtbestätigung (Nichtvereidigung) derartiger Vertreter und ihre Nichteinladung wird diese bereits davon abhalten, sich an den Sitzungen der genannten Körperschaften (Verwaltungsorgane) zu beteiligen. Sollte jedoch versucht werden, die wegen nicht erfolgter Bestätigung bzw. Vereidigung unzulässige Teilnahme zu erzwingen, so ist in jedem Falle von den Herren Landräten bzw. Bürgermeistern und Gemeindevorstehern von dem Hausrecht rücksichtslos Gebrauch zu machen bzw. ist, was besonders in den Landgemeinden in Frage kommen kann, etwaiger Widerstand mit Polizeigewalt zu brechen.“

Diese Verfahrensweise — gewählte sozialdemokratische Gemeindevertreter nicht zu vereidigen und ihre etwaigen Versuche, die Bestätigung durch Teilnahme an den Sitzungen zu erzwingen, mit Polizeigewalt zu verhindern — offenbart, wie brutal-rechtswidrig das Regime, einmal an die Macht gelangt, gegenüber dem politischen Gegner von der Staatsgewalt Gebrauch machte.

Die so freigewordenen Stellen im Magistrat besetzten dann nationalsozialistische, deutschnationale, zumindest aber rechtsstehende Vertreter:

Dokument Nr. 3

Bericht des Bürgermeisters in Stade vom 28. März 1933 an den Regierungspräsidenten

Stadtarchiv Stade St.V. 70/52

Betrifft:

Beurlaubung sozialistischer Mitglieder der Gemeindevorstände und Deputationen.

Auf die Verfügung vom 26. März — 11.I C. — berichte ich, daß ich mit sofortiger Wirkung die bisherigen Mitglieder des Magistrats, soweit sie der Sozialdemokratischen Partei angehören, und die neugewählten Kommissionsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei sowie die vom Bürgervorsteherkollegium gewählte Schriftführerin, die ebenfalls der Sozialdemokratischen Partei angehört, beurlaubt habe.

Es sind danach von den alten Mitgliedern des Magistrats die Herren Senatoren Jürgens, Konerding und Schröder beurlaubt.

Aus den vom Bürgervorsteherkollegium neugewählten Kommissionen sind beurlaubt:

Herr B a h l c k e als Mitglied der Feuerlöschkommission, der Finanzkommission, der Revisionskommission, der Kommission für die städtischen Betriebswerke und der Wohlfahrtskommission.

Herr B ö r g e r als Mitglied der Baukommission, der Finanzkommission und der Grundstückskommission.

Herr H ö f f t als Mitglied der Revisionskommission und der Kommission zum Schutze des Stadtbildes.

Herr L. J ü r g e n s als Mitglied der Baukommission, der Grundstückskommission und der Krankenhauskommission.

Herr W. J ü r g e n s als Mitglied der Revisionskommission, der Schulkommission für die Berufsschule und des Vorstandes der Sparkasse.

Frau A. L a n g e als Mitglied der Gesundheitskommission, der Jugendamtskommission, der Kommission für das Oberlyzeum und der Wohlfahrtskommission.

Herr R o b o o m als Mitglied der Industriekommission, der Krankenhauskommission, der Schulkommission für die Mittelschule, der Kommission für die städtischen Betriebswerke und des Sparkassenvorstandes.

Herr S i e t a s als Mitglied der Kommission für Leibesübung, der Finanzkommission, der Volksschuldeputation, der Schulkommission für die Mittelschule und der Schulkommission für das Oberlyzeum.

Herr S t e e n w a r b e r als Mitglied der Schlachthofkommission.

Herr W a l l e r als Mitglied der Wohlfahrtskommission.

Des weiteren ist Frau L a n g e von ihrer Tätigkeit als Schriftführerin im Bürgervorsteherkollegium beurlaubt worden.

Für den Magistrat schlage ich an Stelle der vom Bürgervorsteherkollegium neu gewählten sozialdemokratischen Senatoren Jürgens und Bahlcke, deren Bestätigung nach dem Erlaß vom 26. März zu versagen ist, vor:

Den Kaufmann [...] parteilos, aber auf dem äußersten rechten Flügel stehend;

den Kaufmann [...] ohne Parteizugehörigkeit, rechtsstehend.
[...]

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter wurden nicht nur beurlaubt, sondern auch, wie noch zu zeigen sein wird, ihrer persönlichen Freiheit beraubt.

Unterdessen ruhte die Arbeit in den Ortsvereinen keineswegs, wenn sie auch durch Versammlungs- und Publikationsverbote stark beeinträchtigt war. Die Mitteilungen des Regierungsinspektors und SA-Brigadeführers Hasse vom 22. und 23. März 1933 (Dokumente Nr. 4 und 5) an Regierungsvizepräsident Telschow lassen z. B. erkennen, daß der SPD-Ortsverein Stade sich zu dieser Zeit mit Flugblättern an die Öffentlichkeit wandte und Mitgliederversammlungen abhielt:

Stade, den 22. März 1933.

Herrn Gauleiter T e l s c h o w
vorzulegen.

Beifolgendes Flugblatt (Rundschreiben des Ortsvereins Stade der S.P.D.) wird vorgelegt.

Das Rundschreiben wurde mir vom Sturmführer Schulz heute überbracht. Es ist in der Stadt bei einem Sozialdemokraten (Name nicht ermittelt) aufgegriffen worden.

Aus der Bevölkerung ist mir wiederholt das Befremden darüber ausgedrückt worden, daß es den marxistischen Parteien immer noch möglich sei, in Stade Flugblätter usw. zur Verteilung zu bringen, ohne daß die Ortspolizei hiergegen mit Erfolg eingeschritten sei. Das Flugblatt enthält verschiedene (blau angestrichene) Redewendungen mit doppeltem Sinn. Am Ende des Flugblattes wird zur Teilnahme an einer Mitgliederversammlung der S.P.D. am 25. März 1933 aufgefordert. In der Bevölkerung herrscht über dieses Vorhaben bereits Unwillen. Soll die Versammlung verboten, oder polizeilich überholt werden?

[gez.:] H a s s e
Regierungsinspektor

Stade, den 23. März 1933.

Herrn

Gauleiter T e l s c h o w
vorzulegen in Ergänzung der anliegenden Meldung.

Zu der Angelegenheit ist heute von mir der Bürgermeister von Stade persönlich gehört worden. Er gab an, daß tatsächlich wiederholt illegale Flugblätter (Umdrucke) in Stade heimlich verteilt worden sind und nimmt an, daß die Herstellung in Hamburg oder Cuxhaven erfolge. Jedenfalls hätte sich bisher nicht feststellen lassen, daß die Flugblätter dieser Art in Stade hergestellt würden.

Bei dieser Gelegenheit berichtete der Bürgermeister noch über folgenden Fall.

Seitens der hiesigen SPD sei kurz vor der Kommunalwahl des 12. 3. in Stade bei dem Druckereibesitzer Heimberg, Am Pferdemarkt, ein Flugblatt gedruckt worden, das nach Fassung und Inhalt gegen die Notverordnungsbestimmungen verstoßen habe. Auftraggeber für den Druck des Flugblattes ist der SPD-Funktionär Lethi. Gegen Drucker und Auftraggeber ist ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden.

Soll über Lethi, der möglicherweise auch der Veranlasser der neuerdings erschienenen Flugschrift (Umdruck) sein kann, entsprechende Schutzhaft verhängt und erneut bei ihm Durchsuchung vorgenommen werden?

[gez.:] H a s s e
Regierungsinspektor

Nach diesen Anfragen seines Gehilfen Hasse befahl Gauleiter und Regierungsvizepräsident Telschow am 24. März 1933, Lethi bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen und seine Wohnung sowie den Parteiraum zu durchsuchen. Ernst Lethi war einer der ersten Sozialdemokraten in Stade, gegen den Schutzhaft verhängt wurde. Ihm sollten in den nächsten Monaten noch viele folgen.

Die Bezeichnung Schutzhaft, die zum Inbegriff der politischen Gegnerbekämpfung im Dritten Reich wurde, bedarf der Erläuterung:

Rechtliche Grundlage der Schutzhaft war die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933, die zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte bis auf weiteres neben anderen Grundrechten der Weimarer Reichsverfassung auch die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit (Art. 114) aufhob.

Die Schutzhaft ist grundsätzlich von der auf dem Wege eines Rechtsverfahrens durch ein Gerichtsurteil begründeten Strafhaft und der nur kurzfristig zulässigen Polizeihaft zu unterscheiden. Rechtsmittel gegen die Schutzhaft waren nicht zulässig.

Obgleich zur Abwehr **kommunistischer** staatsgefährdender Gewaltakte und nur **bis auf weiteres erlassen**, blieb die Verordnung bis zum Ende des Dritten Reiches in Kraft und wurde so extensiv ausgelegt, daß sie auch auf Sozialdemokraten und andere Regimegegner Anwendung fand.

Die Schutzhaft auszusprechen, glaubten sich zu Beginn des Dritten Reiches neben staatlichen Stellen – Bürgermeister, Landrat, Regierungspräsident – viele nationalsozialistische „Hoheitsträger“ und vermeintliche Autoritäten berechtigt: Ortsgruppen-, Kreis- und Gauleiter, SA- und SS-Führer. Später blieb die Anordnung der Schutzhaft der Geheimen Staatspolizei vorbehalten, die sie zu einem Instrument des systematischen Terrors und der Willkür entwickelte.

Wie das Regime mit dem Instrument der Schutzhaft der Partei die personelle Basis, d. h. vor allem die Funktionäre der Orts- und Kreisvereine, entzog, machen die nächsten Dokumente deutlich.

Anfang April 1933 ließ der Landrat in Verden den SPD- und Reichsbanner-Funktionär Wilhelm Strauß aus Hemelingen in Schutzhaft nehmen. Die von diesem an den Regierungspräsidenten in Stade gerichtete Beschwerde und dessen Antwort werden als Dokumente 6 und 7 wiedergegeben:

Dokument Nr. 6

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade Rep 80 P 1939 III

Strauß

Verden, den 22. 4. 1933

Der unterzeichnete Polizeihaftgefangene bittet um Angabe der Gründe für seine Haft, die nunmehr schon die 4. Woche andauert.

Des weiteren bittet er um Nachprüfung, ob etwa seinerzeit bestehende Gründe heute noch vorliegen und [...] eine weitere Inhaftierung erforderlich ist.

Auf die am 3. 4. eingelegte Beschwerde ist bis heute keine Antwort erteilt, trotzdem die Haftanordnung nur Vermutungen aber keine Beweise für die Inhaftnahme anführt.

W. Strauß

Dokument Nr. 7

Bescheid des kommissarischen Regierungspräsidenten vom 3. 5. 1933 auf die Beschwerde des Schutzhäftlings Wilhelm Strauß

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade Rep 80 P 1939 III

Ihre Beschwerde vom 22. 4. 33 gibt mir keine Veranlassung, die gegen Sie verhängte Schutzhaft aufzuheben.

Bei den erneut angestellten Ermittlungen haben sich Tatsachen ergeben, die den dringenden Verdacht bestätigen, daß Sie nach Ihrer Entlassung Ihre regierungsfeindlichen Agitationsbestrebungen wieder aufnehmen werden. [...]

Ende April verhängte der Landrat in Verden gegen zwei Funktionäre, die Strauß offenbar vertraten, Schutzhaft:

Dokument Nr. 8

Bericht des Landrats in Verden vom 25. April 1933 an den Regierungspräsidenten in Stade

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade Rep 80 P 1939

[...]

Der Schlosser Johann Wülbers, geboren 20. Dezember 1896 in Baden, wohnhaft daselbst, ist heute [...] im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen worden, weil derselbe in dem dringenden Verdacht steht, daß er als Führer der S.P.D. der Ortsgruppe Baden gegen die Maßnahmen der jetzigen Regierung agitiert und die Geschäfte des zur Zeit wegen Verdachts regierungsfeindlicher Agitationsbestrebungen in Polizeihaft befindlichen Parteisekretärs Strauß in Hemelingen weitergeführt hat. [...]

Dokument Nr. 9

Bericht des Landrats in Verden vom 29. April 1933 an den Regierungspräsidenten in Stade

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade Rep 80 P 1939 III

[...]

Gegen den Monteur Heinrich Kemmling, geboren am 9. Februar 1868 zu Hannover, wohnhaft in Dörverden Nr. 168 habe ich heute im Interesse der öffentlichen Sicherheit die polizeiliche Schutzhaft angeordnet, weil derselbe in dem dringenden Verdacht steht, daß er als Vorsitzender des Wahlvereins der S.P.D. gegen die Maßnahmen der jetzigen Regierung agitieren und die Geschäfte des zur Zeit wegen Verdachts regierungsfeindlicher Agitationsbestrebungen in Verden in Polizeihaft befindlichen Parteisekretärs Strauß in Hemelingen weitergeführt hat. [...]

Am 3. Mai 1933 nahm der Bürgermeister in Verden einen weiteren Funktionär in Schutzhaft (vom Bürgermeister fälschlich als „polizeiliche Haft“ bezeichnet):

Dokument Nr. 10

Bericht des Bürgermeisters in Verden vom 3. Mai 1933 an den Regierungspräsidenten in Stade

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade Rep 80 P 1939 III

Der Funktionär der S. P. D., Tabackarbeiter Georg Lieberknecht, geb. 7. 9. 76 in Eschwege, zuletzt wohnhaft in Verden, Mühlentor Nr. 20, ist heute 18 Uhr in polizeiliche Haft genommen, weil der dringende Verdacht besteht, daß er sich im staatsfeindlichen Sinne betätigt. [...]

Ergänzend dazu berichtete der Landrat in Verden am 1. Juni 1933 dem Regierungspräsidenten in Stade, „daß die Anordnung der polizeilichen Schutzhaft seinerzeit von dem Herrn Bürgermeister als Ortspolizeibehörde in Verden auf Veranlassung des Ortsgruppenleiters der N.S.D.A.P. in Verden erfolgt ist, weil der dringende Verdacht bestand, daß Lieberknecht als Funktionär der S.P.D. sich im staatsfeindlichen Sinne betätigte. Gegen die Anordnung der polizeilichen Haft hat der Genannte Beschwerde erhoben, die von mir inzwischen als unbegründet zurückgewiesen worden ist. Nach den von mir angestellten Ermittlungen muß die polizeiliche Schutzhaft weiterhin aufrechterhalten bleiben, da nach dem ganzen bisherigen politischen Verhalten der dringende Verdacht besteht, daß Lieberknecht im Falle der Freilassung seine staatsfeindliche Betätigung aufnehmen wird.“

Am 22. Juni 1933 holte die Diktatur zu ihrem letzten Schlag gegen die Sozialdemokratie aus: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde zur staats- und volksfeindlichen Organisation deklariert. Man verbot jegliche Betätigung, beschlagnahmte das Vermögen der Partei und kassierte die sozialdemokratischen Mandate. Dazu führte der preußische Innenminister Göring in einem Erlaß vom 24. 6. 1933 u. a. aus:

„Sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, sind sofort von der weiteren Ausübung ihrer Mandate auszuschließen, weil ihre Weiterbetätigung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt, die Kreispolizeibehörden haben daher solchen Personen durch Polizeiverfügung aufzugeben, sich der weiteren Ausübung des Mandats zu enthalten. Widrigenfalls ihre polizeiliche Inhaftnahme nach Maßgabe des § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 erfolgen würde.“

Tatsächlich – und das läßt auf Widerstand seitens der Betroffenen schließen – wurden in den nächsten Tagen zahlreiche Gemeindevertreter der SPD in Schutzhaft genommen; zugleich mit diesen häufig auch die örtlichen Funktionäre der Partei, so z. B. am 27. Juni 1933 in Stade:

Dokument Nr. 11

Schreiben des Landrats in Stade vom 27. Juni 1933 an die Gefängnisverwaltung in Stade

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade Rep 80 P 1939 III

Betrifft: Inschutzhaftnahme von S.P.D.-Funktionären

Die von dem Herrn Bürgermeister als Ortspolizeibehörde in Stade eingelieferten

1. Zimmerer Ludwig Jürgens; Stade, Altländerstraße 36

2. Heizer Johann Henning, Stade, Goebenstraße 36
3. Lehrer Wilhelm Sietas, Stade, Am Kopkenkamp 8
4. Schlossermeister Gustav Bahlke, Stade, Brinkstraße 39
5. Zimmerer Hermann König, Stade, Wasser Ost 4
6. Justizsekretär Johann Schröder, Stade, Gorch-Fock-Straße 4
7. Arbeiter Klaus Bardowieck, Stade, Bäckerstraße 12
8. Parteisekretär Max Thoma, Stade, Teichstraße 77
9. Maurerpolier Heinrich Börger, Stade, Heideweg 6
10. Lagermeister Franz Nessler, Stade, Goebenstraße 32
11. Senator a. D. Nikolaus v. Borstel, Stade, Obererweg 3
12. Ehefrau Elly Rötteher, Stade, Am Kopkenkamp 4
13. Ehefrau Anna Hoppe, Stade, Teichstraße 73
14. Arbeiter Hinrich Schröder, Stade, Jobelmannstraße 11

bitte ich bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen.

[...]

Ebenfalls am 27. Juni berichtete der Bürgermeister in Osterholz-Scharmbeck dem Regierungspräsidenten in Stade, daß er gegen die SPD-Funktionäre

Heinrich Horstmann, Bördestraße 115,
August Lange, Querstraße 96,
August Meyer, Heiligenbergstraße 232,

Schutzhaft verhängt und für die nachstehenden tägliche Meldepflicht angeordnet habe:

Johann Arfmann, Laubenweg 230,
Diedrich Lankenau, Hundestraße,
Martin Schilling, Heiligenbergstraße 221,
Hermann Horstmann, Koppelstraße 179,
Hinrich Tilemann, Johannesstraße 435,
Heinrich Eitzen, Bachstraße 160.

Während in diesen und anderen Fällen, die hier nicht weiter verfolgt werden können, die Schutzhäftlinge nach einigen Wochen oder Monaten die Freiheit wiedergewannen, die ihnen willkürlich genommen, haben mindestens drei Sozialdemokraten aus dem Regierungsbezirk Stade,

Wilhelm Heidsiek,
Heinrich Grube und
Kapitän Alexander

für ihre Überzeugung das Leben gelassen.

Wilhelm Heidsiek, geboren 1888, 1919 Gründer und bis 1933 Hauptredakteur des Cuxhavener Volksblattes „Alte Liebe“, Stadtvertreter und jahrelang Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Cuxhaven, wurde während des Dritten Reiches wiederholt von der Geheimen Staatspolizei in Schutzhaft genommen und schließlich 1944, zusammen mit seinem Freund Heinrich Grube, im KZ Neuengamme ermordet.

Ihnen, den Opfern des nationalsozialistischen Gewaltregimes, ist dieses Kapitel gewidmet.

Nach dem II. Weltkrieg Neuaufbau und Ausbau

Im Mai 1945 unterschrieben die Nazimachthaber die totale Kapitulation Deutschlands. Die Regierungsgewalt ging auf die alliierten Sieger über. Am 1. Juli 1945 gestattete die sowjetische Militärregierung für die sowjetische Besatzungszone die Neugründung politischer Parteien. Zögernd gestatteten kurze Zeit später auch die westlichen Alliierten die Neugründung von Parteien. Häufig schon vor der Genehmigung fanden sich in einzelnen Orten Sozialdemokraten wieder zusammen, um die Partei wiederzugründen. Aus einer Zeitungsnotiz geht hervor, daß der Ortsverein Worpsswede am 3. 11. 1945 wiedergegründet wurde und in der gleichen Zeit ebenfalls der Ortsverein Hambergen. In der gleichen Zeit fanden öffentliche Versammlungen der SPD in Lilienthal und Grasberg statt. Auf einigen dieser 4 Versammlungen sprach der Kreisvorsitzende der SPD, Erich Drebelow. Der Kreisverein muß also schon wesentlich früher gegründet worden sein.

Das Protokollbuch des Ortsvereins Spaden bricht ab mit der letzten Versammlung am 12. 1. 1933 und beginnt wieder mit der Gründungsversammlung am 19. 1. 1946. Der Vorsitzende von 1933, Albert Wenhold, eröffnete diese Versammlung und wurde zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Bis Mitte 1946 waren die meisten Ortsvereine und Kreisvereine wieder entstanden.

Den besten Überblick über die Zeit der Neugründungen geben das Protokollbuch des Unterbezirks Verden-Rotenburg und der Nachlaß von Ludwig Jürgens, Stade, der sich im Archiv der Stadt Stade befindet.

Besonders früh begann die Parteiarbeit im Unterbezirk Verden-Rotenburg. Bereits am 10. Juli 1945 fand in Verden die konstituierende Unterbezirkskonferenz statt. Die anwesenden 18 Delegierten kamen aus den Orten Uphusen, Bierden, Achim, Etelsen, Cluvenhagen und Verden. Zum Vorsitzenden wurde Heinrich Fahrenholz, Achim, zum 2. Vorsitzenden Alex Blüthner, Verden, und zum Schriftführer Martin Brüns, Bierden, gewählt. Man beschloß, mit den nicht anwesenden Ortsvereinen sofort Verbindung aufzunehmen. Auf der 2. Sitzung am 22. 7. 1945 war als Referent Walter Romberg erschienen, der vom Exilparteivorstand mit dem Wiederaufbau der Partei in Norddeutschland beauftragt worden war. Ebenfalls waren der Leiter des Arbeitsamtes Verden und Landrat Thies anwesend, mit denen Angelegenheiten ihrer Behörden, besonders die Personalpolitik, besprochen wurden.

Die Sitzung am 9. 9. 1945 beschäftigte sich vorwiegend mit organisatorischen Fragen. Da es noch keine Parteizentrale gibt, muß die Arbeit von den Ortsvereinen selbst getan werden. Bei der Mitgliederaufnahme muß außerordentlich vorsichtig verfahren werden, damit sich keine Nazis in die Partei einschleichen. Erstmals ist mit Otto Quellhorst aus Visselhövede auch ein Vertreter aus dem Kreis Rotenburg anwesend.

Auf der Unterbezirkskonferenz am 30. 12. 1945 in Verden wurde ein neuer Unterbezirksvorstand gewählt und gleichzeitig als Unterbezirkssekretär Martin Brüns. Aus Hannover waren als Gäste Egon Franke und Herbert Kriedemann gekommen.

Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten wird auf dieser Konferenz erheblich kritischer beurteilt als früher.

Bei späteren Konferenzen spielte die Frage der Bezirksneugliederung eine Rolle. Während die Bremer Organisation einen Bezirk Bremen-Nordwest forderte, der die Gebiete beiderseits der Weser einschließlich Verden-Rotenburg umfassen sollte, schlugen die Hannoveraner vor, einen einheitlichen Bezirk für die ganze ehemalige

Provinz Hannover zu bilden. Es kam dann zur Bildung des Bezirks Bremen-Nordwest, dem etwas später die Organisation im gesamten Regierungsbezirk Stade angeschlossen wurde. Erst am 29. 3. 46 wurde der Unterbezirk Verden-Rotenburg von der Militärregierung offiziell genehmigt. Bis dahin war schon eine erhebliche Aufbauarbeit geleistet worden.

Am 25. 5. 1947 stimmte die Unterbezirkskonferenz der Bildung des Bezirks Hamburg-Nordwest zu, wie er vor 1933 bestand: Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade.

Am 15. August 1945 kehrte Ludwig Jürgens, der Stader Ortsvereinsvorsitzende von 1919 bis 1933, aus der Kriegsgefangenschaft nach Stade zurück. Bereits am 21. August beantragte er bei der Militärregierung die Genehmigung zur Wiedergründung der Partei in der Stadt und im Kreis. Gleichzeitig verlangte er die Rückgabe des von den Nazis 1933 beschlagnahmten Gewerkschaftshauses, das im gemeinsamen Eigentum der Partei und der Gewerkschaften gewesen war. Am 23. 8. 1945 wurde mündlich die Genehmigung zur Organisationsbildung erteilt, jedoch noch nicht die Genehmigung zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen und öffentlichen Versammlungen. Auch das Gewerkschaftshaus wurde noch nicht zurückgegeben.

Am 30. August wurden die Fragebogen der vorläufigen Kreisvorstandsmitglieder der Militärregierung eingereicht. Es waren das: Heinrich Börger, Heinrich Waller, Hinrich Mügge, Ludwig Jürgens und Ernst Borchard aus Stade, sowie Karl Nobel, Buxtehude, Hinrich Stubbe, Horneburg, und Walter Müller, Bützfleth. An der offiziellen ersten Vorstandssitzung am 16. 9. 1945 nahmen auch eine Anzahl Vertrauensleute aus den Landgemeinden teil. Die Herstellung eines Aufrufs an die Bevölkerung wurde von der Militärregierung „aus Papierersparnisgründen“ abgelehnt; dagegen konnte ein Aufruf an die Mitglieder und ein Mitteilungsblatt gedruckt werden. Am 30. September 1945 fand die erste Mitgliederversammlung des Kreisvereins Stade statt. Inzwischen war über den letzten Parteisekretär vor 1933, Max Thoma, Kontakt zur Hamburger Parteiorganisation und zum „Büro Schumacher“ in Hannover hergestellt worden. Auch in Stade spielte die Frage der zukünftigen Bezirkseinteilung eine Rolle. Hier neigte man zu einem gemeinsamen Bezirk mit Hamburg.

Inzwischen war auch die Partei in Cuxhaven zugelassen worden. Für den Kreisverein Land Hadeln war die Zulassung zunächst getrennt von Funktionären aus dem Raum um Cuxhaven und aus dem Raum Basbeck beantragt worden und Ende Oktober/Anfang November auch erteilt worden.

Für den Kreisverein Stade wurde am 1. November 1945 ein Parteibüro in der Archivstraße 1 eröffnet und Johann Altmann als Unterbezirkssekretär eingestellt. Der Unterbezirk umfaßte kurze Zeit später außer dem Kreis Stade auch die Kreise Bremerförde und Land Hadeln sowie Cuxhaven. Als Vertrauensleute außerhalb des Kreises Stade wurden am 2. Oktober 1945 Brümmer, Basbeck, Mahler, Westersode, Behncke, Cuxhaven, Granz, Oberndorf, Altmann, Otterndorf, Krum, Neuenkirchen und Morgenstern, Bevern, genannt.

In Stade fand die erste öffentliche Kundgebung am 25. 11. 1945 statt. Im November 1945 wurde dann der Bezirk Bremen-Nordwest gegründet, zu dem der gesamte Regierungsbezirk Stade gehörte.

In Cuxhaven fand die erste öffentliche Versammlung am 2. 12. 1945 statt. Der organisatorische Aufbau vollzog sich im ganzen Gebiet verhältnismäßig rasch. Nachdem zunächst Kommunalvertreter von der Militärregierung ernannt wurden, brachten die

ersten Kommunalwahlen am 13. Oktober 1945 einen Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei.

Zur Neugründung der Partei fanden sich zunächst jene Sozialdemokraten zusammen, die bis 1933 Träger der Parteiarbeit waren. Dabei waren auch jene, die 1933 junge Mitglieder waren; inzwischen allerdings auch 12 Jahre älter. Neue Mitglieder wurden zunächst nur zögernd aufgenommen, meistens mußte von 2 Bürgern bescheinigt werden, daß sie keine Nazis waren. Die Parteiarbeit wurde erheblich erschwert durch die Kontrolle der Militärregierung, durch die schlechten Verkehrsverbindungen und die mangelhafte Versorgungslage auf allen Gebieten. Umso höher muß die Leistung anerkannt werden, so schnell die Partei wieder aufgebaut zu haben von Frauen und Männern, die trotz der Verfolgung der vergangenen 12 Jahre den Mut nicht verloren hatten.

Allmählich änderte sich auch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Zunächst zögernd, traten mehr und mehr auch junge Menschen der Partei bei. Evakuierte aus den zerbombten Großstädten, die jetzt hier wohnten und zum Teil vor 1933 in ihren Heimatgebieten politisch aktiv gewesen waren, traten als aktive Mitarbeiter hinzu. Der Regierungsbezirk Stade nahm nach dem Kriege in großer Zahl Flüchtlinge und Vertriebene auf. Sie erhofften besonders von den Sozialdemokraten Hilfe in ihrer verzweiferten Lage und viele von ihnen wurden Mitglieder der SPD. Darunter waren auch, wie bei den Evakuierten, einige, die schon vor 1933 in ihrer Heimat Sozialdemokraten waren. Die Partei erreichte im Jahre 1947 mit über 10.000 Mitgliedern ihren höchsten Stand. Die große Zahl von Vertriebenen in der Partei blieb für die Organisation nicht ohne Probleme. In einigen Fällen traten langjährige einheimische Sozialdemokraten wegen des Übergewichts der Vertriebenen aus der Partei aus.

Die Währungsreform im Jahre 1948 brachte für die Partei den ersten Rückgang der Mitgliederzahlen. Die große Arbeitslosigkeit besonders im Landgebiet veranlaßte viele, die Beitragszahlung einzustellen. Langsam setzte die Umsiedlung von Vertriebenen in Gebiete mit Arbeitsplätzen ein, und es waren häufig die aktiven Sozialdemokraten, die umgesiedelt wurden. Durch die Entstehung der Vertriebenenpartei BHE wurden viele vorwiegend aus Vertriebenen bestehende Ortsvereine aufgelöst, so daß sich die Mitgliederzahl in wenigen Jahren halbierte. Erst seit Anfang der 60er Jahre begann wieder der Anstieg der Mitgliederzahlen.

Bei den ersten Wahlen nach 1945 hatte die SPD im Regierungsbezirk Stade außerordentlich gute Ergebnisse erzielt um anschließend Rückschläge zu erleiden. Danach allerdings erfolgte besonders bei den Wahlen im Anfang der 50er Jahre, von wenigen Rückschlägen abgesehen, ein kontinuierlicher Aufschwung bei den Wahlen. Das sich diese Aufwärtsentwicklung noch nicht in Direktmandaten zum Landtag und Bundestag ausgewirkt hat, liegt vor allem an der zunehmenden Konzentration der Wähler auf CDU und SPD, wobei die CDU stärker Wähler der sich auflösenden Parteien anziehen konnte als die SPD. Genügte im Jahre 1959 der SPD im Landtagswahlkreis Wesermünde ein Stimmenanteil von 33,9%, um das Direktmandat zu erobern, so reichten im Jahre 1970 44,2% nicht zur Gewinnung des Mandats im Wahlkreis Verden aus.

Am 1. Juli 1947 wurde der frühere Bezirk Hamburg-Nordwest, bestehend aus den Ländern Hamburg, Bremen und dem niedersächsischen Regierungsbezirk Stade, wiedergegründet. Vorsitzender wurde der Hamburger Vorsitzende Karl Meitmann, Bezirkssekretäre wurden Adolf Keilhack, Hamburg, und Artur Mertins. Dieser schied aus als er 1969 in den Bundestag gewählt wurde. Zunächst blieben die alten Unter-

bezirke bestehen. Ab Januar 1953 wurde der Bezirk dann in die Unterbezirke Hamburg, Bremen und Stade eingeteilt. Zu diesem Zeitpunkt schied Adolf Keilhack als Bezirkssekretär aus, sein Nachfolger wurde Paul Kündler, Hamburg. Von den Unterbezirkssekretären blieb nur Otte. Gerhard Reichhard und Friedrich Börth traten hinzu. Die Vorstellung war zunächst, daß die 3 Unterbezirkssekretäre vom Bezirksbüro aus als „fliegende Sekretäre“ im ganzen Unterbezirk tätig sein sollten. Schon nach wenigen Wochen beschloß der Bezirksvorstand auf Vorschlag der Sekretäre, jeden Unterbezirkssekretär in einem der 3 Bundestagswahlkreise einzusetzen.

Nach dem Bundesstatut sollten Kreisvereine nur die Aufgabe einer kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft haben, aber keine Organisationsstufe sein. Dadurch war die Organisationsarbeit in den Kreisen und vor allem die Bearbeitung der großen „weißen“ Gebiete praktisch lahmgelegt. Deshalb beschloß der Bezirksvorstand zunächst, den Kreisen einen Zuschuß zur Organisationsarbeit zu leisten, und als kurze Zeit später für den Unterbezirk Stade ein Unterbezirksstatut beschlossen wurde, erhielten die Kreisvereine – nicht ohne Widerspruch – offiziell die Stellung einer Organisationsstufe.

Nachfolger für Gerhard Reichhardt als Unterbezirkssekretär wurde von 1954 bis 1963 Erwin Rieper. Danach wurde die Aufgabe bis Ende 1964 von Börth mit wahrgenommen, bis am 1. 1. 1965 Karl-Heinz Thiede Unterbezirksgeschäftsführer wurde. Otte schied ebenfalls 1954 aus, sein Nachfolger wurde bis 1955 Max Henning, bis 1960

Becker, dem am 1. 10. 1960 Klaus Mock folgte. Börth wurde 1960 Bildungssekretär, sein Nachfolger als Unterbezirksgeschäftsführer wurde damals Georg Müller. Paul Kündler schied Anfang 1964 nach Erreichung der Altersgrenze aus. Bis Ende 1964 nahm Erna Meyer diese Aufgabe wahr, die Ende 1965 ausschied. Am 1. 1. 1965 wurde Herbert Gnauck, schon im neuen Bezirk, leitender Bezirksgeschäftsführer.

Der 1947 wiedergegründete Bezirk Hamburg-Nordwest war nicht sehr wirkungsvoll. Die Hamburger und Bremer Organisationen regelten ihre Angelegenheiten weitgehend selbständig. Das Bezirksbüro arbeitete überwiegend für den Unterbezirk Stade. Es gab kaum Gemeinsamkeiten für die Parteiorganisation aus 3 Bundesländern. Deshalb wurde nach langwierigen Verhandlungen mit Wirkung vom 1. 7. 1964 der Bezirk Hamburg-Nordwest in die 3 Bezirke, Landesorganisation Hamburg, Landesorganisation Bremen und Bezirk Nord-Niedersachsen unterteilt. Auf dem konstituierenden Bezirksparteitag am 24. 5. 1964 in Cuxhaven wurde Hans Hermsdorf zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Der neue Bezirk konnte die im alten Unterbezirk Stade seit 1953 bestehende Organisationsgliederung unverändert übernehmen. Sie ist nur im Jahre 1968 durch die Übernahme des Ortsvereins Thedinghausen vom Kreis Braunschweig-Land auf den Kreis Verden erweitert worden.

Am 14. 12. 1968 wurde Karl Ravens zum Bezirksvorsitzenden gewählt.

Schlußwort

Bei der Sammlung und Auswertung der Quellen für diesen Bericht waren wir erstaunt über die Fülle von Material zur Geschichte der Partei in diesem Bezirk. Wir konnten es nur zu einem kleinen Teil verwenden. Zugleich stellten wir aber große Lücken fest, sowohl für viele Gebiete, als auch für große Zeiträume. Für eine zukünftig zu schreibende Geschichte wird es notwendig sein, Protokolle, Berichte, Schriften und Zeitungen aus den Ortsvereinen zu sammeln und besonders bei älteren Mitgliedern danach zu forschen. Wichtig sind auch die persönlichen Erinnerungen der alten Genossen an Ereignisse und Namen. Vermutlich sind Unterlagen auch noch in den Archiven der Landkreise und übrigen Gemeinden vorhanden. Notwendig ist ferner, die Zeitungsarchive der Heimatzeitungen systematisch durchzusuchen.

Wir haben es trotz der Lücken gewagt, diese Seiten zu veröffentlichen. Wir wollen damit die älteren Mitglieder an ihre Kämpfe, Niederlagen und Erfolge in oftmals schwerer Zeit erinnern und ihnen zugleich für ihre Arbeit danken.

Die Arbeit ist aber auch für die jüngeren Mitglieder bestimmt. In den letzten Jahren hat sich diese Partei in ihrer Zusammensetzung stark gewandelt. Unter den vielen Neuaufnahmen überwiegen die jüngeren Menschen. Sie wollen und müssen die politischen Probleme von heute mit dem Blick auf morgen lösen. Trotzdem erscheint es uns notwendig, nicht nur nach dem Wohin zu fragen, sondern auch das Woher zu wissen. Dazu möchte diese Veröffentlichung einen kleinen Beitrag leisten.

Friedrich Börth

Hans-Jürgen Döscher

Mitgliederzahlen der SPD im Gebiet der heutigen Kreisvereine 1926–1971

	Cux haven	Land Ha deln	Weser münde	Bre mer vörde	Stade	Oster holz	Roten burg	Ver den	Bezirk
1926	882	337	459	121	1655	458	122	630	4 664
1928	1105	607	642	318	1916	522	94	675	5 909
1930	1169	735	603	408	2106	525	146	702	6 394
1947	882	1546	751	1843	2953	1010	539	1278	10 417
1948	729	1436	868	1596	2983	1015	585	1205	10 417
1949	742	1230	804	1376	2567	930	423	1109	9 181
1950	719	768	601	991	2322	774	333	993	7 501
1951	491	677	514	848	2098	670	319	999	6 616
1952	480	705	496	639	1976	524	295	923	6 038
1953	490	620	486	551	1894	535	299	938	5 813
1954	503	547	444	510	1667	515	306	882	5 374
1955	501	501	437	413	1617	484	301	873	5 127
1956	509	501	484	419	1604	503	287	858	5 165
1957	536	504	525	410	1591	547	276	878	5 277
1958	532	466	531	378	1504	556	241	874	5 082
1959	612	453	497	368	1353	593	220	864	4 959
1960	685	473	533	367	1364	667	245	890	5 224
1961	791	492	531	355	1345	717	314	888	5 433
1962	709	508	538	336	1228	715	333	818	5 185
1963	685	493	510	282	1179	713	330	797	4 989
1964	702	478	484	305	1167	836	398	865	5 235
1965	645	489	513	282	1197	875	404	881	5 286
1966	706	519	546	292	1235	1024	430	885	5 637
1967	812	502	558	297	1239	1142	438	878	5 866
1968	789	536	570	295	1325	1166	476	938	6 095
1969	773	571	635	315	1404	1204	498	962	6 362
1970	826	548	743	355	1454	1287	571	1032	6 816
1971	785	562	841	413	1540	1384	630	1113	7 268

QUELLENVERZEICHNIS

Ungedruckte Quellen

Niedersächsisches Staatsarchiv Stade

- Rep 80 P 237-1949
- Rep 174 Blumenthal Fach 91 Nr. 10, 19, 34, 36
Fach 96 Nr. 26
- Rep 74 Amt Blumenthal Fach 292 Nr. 1, 2, 7
Fach 301 Nr. 4
Fach 306 Nr. 1, 2
- Rep 74 Lilienthal Fach 3 Nr. 4, 8, 9, 11
- Rep 74 Osterholz Fach 456 Nr. 1
Fach 471 Nr. 1
- Rep 74 Bremervörde I Fach 99 Nr. 3, 4
Fach 103 Nr. 5
- Rep 74 Harsefeld VIII Fach 801 Nr. 1-9

Stadtarchiv Stade

- Polizeisachen
- P 106 Nr. 13, 20
- P 107 Nr. 4-15
- P 108 Nr. 9
- Stadtverfassungs- und Verwaltungssachen
- St. V. Fach 17 Nr. 22, 88, 89
- St. V. Fach 62 Nr. 112e, 155
- St. V. Fach 70 Nr. 52, 53
- Armen- und Stiftungssachen
- AST Fach 146 Nr. 23, 44, 88
- DJ (Nachlaß Jürgens) Fach 1 Nr. 1-13
- DJ Fach 2 Nr. 1, 2
- Handakte Dr. Wirtgen

Stadtarchiv Buxtehude

- Polizeisachen
- P I Nr. 26
- P V Nr. 35, 38
- Stadtverfassungs- und Verwaltungssachen
- St. V. XIX Nr. 19b, 20, 21, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33
- Landschaftliche und Steuersachen
- LSt. VI Nr. 11, 13
- LSt. VII Nr. 1, 17
- LSt. IX Nr. 2, 3
- Handels- und Gewerbesachen
- HG XXXI Nr. 2, 6, 15, 21

Stadtarchiv Verden

- Gruppe A XVIII Ziffer 3, 2 – Geheimsachen verschiedener Art
- Gruppe L XII Ziffer 2, 6a, 6b – Arbeiter- und Soldatenrat
- Gruppe R I Ziffer 1,1; 2,15; 2,17; 2,24 – Reichstagswahlen 1866 bis 1933
- Gruppe R III Ziffer 3,2 – Kreistagswahlen 1884 bis 1922

Archiv beim Bezirk Nord-Niedersachsen der SPD

- Kassenbuch des SPD-Örtvereins Spaden 1910 bis 1921

Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Spaden 1921 bis 1933 und 1946 bis 1952
Protokollbuch der SPD, Unterbezirk Rotenburg-Verden, 1945 bis 1948
Protokolle des SPD-Ortsvereins Worpswede 1945 bis 1955
Nachlaß Wilhelm Heidsiek
Nachlaß Karl Olfers

Gedruckte Quellen

Organisations- und Geschäftsberichte

Jahresberichte der Landesorganisation Hamburg der SPD 1904 bis 1928
Geschäftsberichte des Bezirks Hamburg-Nordwest 1923 bis 1930 und 1948 bis 1961
Geschäftsberichte des Unterbezirks Stade 1954 bis 1961
Geschäftsberichte des Bezirks Nord-Niedersachsen 1964 bis 1969
Jahresbericht für den 17. hannoverschen Wahlkreis 1908/09
Jahresbericht des Arbeiterrates Groß-Hamburg 1919/20

Zeitungen

Buxtehuder Tageblatt Jg. 1867
Stader Wochenblatt Jg. 1867
Stader Tageblatt Jge. 1874, 1876, 1877, 1878, 1881,
1884, 1887, 1890, 1893, 1898, 1903, 1905, 1907, 1912
Norddeutsche Volksstimme, Jubiläums-Ausgabe zum 40jährigen Bestehen vom
5. April 1930.

Veröffentlichungen aus der Zeit bis 1933

Laufenberg, Heinrich: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona
und Umgegend, 2 Bde., Hamburg 1911 und 1931.
Die Sozialdemokratie in der kommunalen Selbstverwaltung im Bezirk Hamburg-
Nordwest, Hamburg 1930.
Thienst, Fritz (Hrsg.): Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Unter-
weserorten, Wesermünde 1930.

LITERATURVERZEICHNIS

Langwedel, 50 Jahre SPD, Festschrift, Langwedel 1971.
Lilienthal, 50 Jahre SPD-Ortsverein, Festschrift, Lilienthal 1953.
Lücken, Johann: Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven von
November 1918 bis Februar 1919 (Masch.-schr. Examensarbeit), Nordholz 1970.
Moring, Karl-Ernst: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen, 1890 bis 1914,
Hannover 1968.
Osterholz, Festschrift des SPD-Kreisvereins, Osterholz 1963.
Paulmann, Christian: Die Sozialdemokratie in Bremen 1864 bis 1964, Bremen
1964.
Ritterhude, 60 Jahre SPD, Festschrift, Ritterhude 1966.
Rotenburg, Festschrift des SPD-Kreisvereins, Rotenburg 1972.